Nr. 259. Halle (Saale), Montag, den 4. November 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis: Monatl. 1,— Mk. frei Haus, bei Postbezug ab Postamt monatlich 1,— Mk., vierteljährl. 3,— Mk. Für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Belegexemplar: extra. Für Kriegsfamilien 80 Pfg. Bezugspreis monatlich.
Erscheinungsweise: Jeden Werktags, nachmitt.
Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 1610.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene, 30 mm breite Kolonelzeile kostet 30 Pfg. Der Preis für die 92 mm breite Reklamezeile beträgt 1,— Mk. Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.
Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag. Fernspr. Nr. 1047.

Friedenshindernisse.

Von H. Ströbel, M. d. R.

Wir stehen heute genau in der gleichen Situation, wie in den letzten Julitagen des Unglücksjahres 1914. Trotz des grenzenlosen Unverstandes der politischen Machthaber hätte damals der Kriegsausbruch verhindert werden können, wenn das Volk selbst auf der Hut gewesen und auf dem Plan erschienen wäre. Aber damals beherrschten die Hurraschreier und Kriegsbrüller die Straße. Tag um Tag demonstrierten sie unter den Linden, zu Hunderttausenden, erfüllten sie die ganze politische Atmosphäre mit den Bazillen des nationalistischen Wahnsinns; während die friedliebende Volksmasse sich zu spät und zu schwächlich zu Gegenkundgebungen aufraffte. Man verkannte leider völlig den blutigen Ernst der Situation. Man hielt den Ausbruch des verbrecherischsten aller Kriege so lange für ein Ding der Unmöglichkeit, bis es zu spät war.

Auch heute verkennt man wieder den blutigen Ernst der Situation. Man hält den Frieden schon für sicher, weil man sich sagt, daß jede Fortsetzung des Krieges die Katastrophe nur furchtbarer gestalten und die Last der Verantwortung für die Schuldigen nur noch zermalmender machen könne. Das ist ganz richtig; aber wann hätte je die Rücksicht auf die Gebote der Vernunft politisches Vabanque-Spiel verhindert? Ist nicht die ganze Vorgeschichte des Krieges kompletter Wahnsinn? Und warum sollte sich, was einmal möglich war, nicht wiederholen? Nehmen sich die Dinge vom Standpunkt der Reaktion doch wesentlich anders aus. Sie sagt einfach: was haben wir denn noch zu verlieren!

Die Lage verlöre auch nicht das geringste von ihrem überaus ernsten Charakter, wenn die derzeitige Regierung wirklich darauf bedacht wäre, den Frieden so rasch als möglich herbeizuführen. An ihrem guten Willen braucht man gar nicht einmal zu zweifeln. Denn die Herren Erzberger und Scheidemann dürften inzwischen begriffen haben, was ihnen und ihren Hintermännern erst blühen würde, wenn man es bis zum völligen Debäcle triebe. Die Regierungssozialisten haben es sich ja zur Aufgabe gemacht, das herrschende System vor der Revolution zu retten, und sie wissen genau, daß es zur Erfüllung dieser erhabenen Mission kein untauglicheres Mittel gäbe, als den Kampf bis zum bitteren Ende. Aber wenn die Herren Payer, Erzberger und Scheidemann auch soviel begriffen haben und darum in ihrer Art ganz aufrichtig um die Herbeiführung des baldigen Friedens bemüht sein werden, so ist es doch eine ganz andere Frage, ob sie auch die Einsicht und die Entschlossenheit besitzen werden, die Friedenshindernisse hinwegzuräumen!

Ihre bisherigen Handlungen geben jedenfalls die denkbar geringste Hoffnung. Jeder Schritt, den sie bis jetzt getan haben, war eine klägliche Halbheit. Statt zu führen, lassen sie sich vorwärts stoßen; statt die Entwicklung vorwärts zu drängen, ließen sie sich von den Ereignissen nachschleifen. Zu den paar armseligen Sätzen einer Note, die nicht einen Gedanken präzis und einwandfrei ausspricht, gebrauchten sie fünf kostbare Tage. Dann verstummten sie vollends, um — trotz Wilsons neuer Antwort — erst wieder einmal die andern reden zu lassen. Und während sie zögern und ihre Zeit verpassen, vollziehen sich in Europa die schicksalsschwersten Ereignisse, fließen an der Westfront Ströme neuen Blutes. Nicht genug damit, daß man Bulgarien zusammenbrechen ließ; nein, auch die neuen Männer der famosen „Volksregierung" mußten erst den völligen Zusammenbruch in der Türkei und Oesterreich-Ungarn abwarten, mußten erst total isoliert dastehen, bevor man sich — zu einer neuen Unzulänglichkeit aufraffte!

Mit dem bloßen Gerede, daß man den Frieden will, ist es doch nicht getan; man muß die Friedenshindernisse faktisch hinwegräumen! Das zweimalige Bekenntnis zu Wilsons Bedingungen war ein rein platonischer Akt, von dem man sich vernünftigerweise nicht das Geringste versprechen konnte. Zunächst kommt es ja noch sehr darauf an, ob die deutsche Regierung die Bedingungen Wilsons auch wirklich so auslegt, wie Wilson sie gemeint hat. Diese Klarheit sollen erst Spezialverhandlungen geben; da es aber die Entente — durch den Brest-Litowsker Frieden gewarnt! — nicht darauf ankommen lassen will, sich ihre militärischen Trümpfe durch zweifelhafte Verhandlungen aus der Hand schlagen zu lassen, verlangt sie Garantien. Und diese Garantien äußerlicher, militärischer Art, so erklärt Wilson abermals mit gar nicht mißzuverstehender Deutlichkeit, werden um so peinlicher sein, je weniger innere, politische Garantien Deutschland dafür bietet, daß das neue Deutschland nicht mehr das alte Deutschland ist, daß die Macht des „Kaiserismus" und die Macht des Militarismus tatsächlich endgültig und irreparabel gebrochen ist. Nur für den Fall, daß die alten Mächte völlig ausgeschaltet seien, könne, so erklärt Wilson, von eigentlichen Friedensverhandlungen die Rede sein; im anderen Falle gebe es für Deutschland nur die Kapitulation.

Man sollte meinen, auch die „Volksregierung" der Payer, Erzberger und Scheidemann müßte so deutliche Erklärungen endlich kapiert haben. Und müßte nunmehr die Konsequenzen daraus ziehen! Aber nein: man stellt sich noch immer taub, man wurstelt ruhig weiter, als verbluteten nicht an jedem neuen Tage neue Tausende und Abertausende nutzlos. Augenscheinlich bildet man sich ein, durch ein paar neue Verfassungsflickereien die Situation verbessern zu können. Aber damit täuscht man doch keinen Menschen mehr, weder in Deutschland selbst, noch erst recht im Ausland. Wilson hat für solche Illusionen doch wirklich keinen Raum mehr gelassen.

Dadurch, daß die Regierung sich alle demokratischen Maßregeln mühsam abringen läßt, offenbart sie eben immer von neuem aller Welt ihre ganze Unzuverlässigkeit und Unzulänglichkeit, verrät sie zu deutlich ihre ängstliche Rücksichtnahme auf jene anderen, alten Mächte, mit denen Wilson jede Verhandlung über den Frieden ablehnt ...

Der Form nach führt die Volksvertretung jetzt die Herrschaft, dieselbe Volksvertretung freilich, die auch alle Programme früherer Kanzler gebilligt, allen Trutzreden eines Hindenburg, Ludendorff und Tirpitz zugejubelt, die den uneingeschränkten U-Boot-Krieg und den Gewaltfrieden von Brest-Litowsk gebilligt hat! Der Sache nach aber liegt alle wirkliche Macht noch immer bei den Gewalten, die angeblich entthront worden sind. Denn noch immer stehen die alten Heerführer an der Spitze der Armee und noch immer sind jene persönlichen Einflüsse der Krone nicht ausgeschaltet, die eine viel solidere Macht verkörpern, als die ganze „Volksregierung". Auf die Sache selbst aber kommt es an, nicht auf Formen und Verfassungsparagraphen. Niemals sind ernstliche Volksbewegungen über die Zwirnsfäden der Verfassung gestolpert; niemals aber auch haben sich monarchische und militärische Gegenrevolutionen an der Durchführung des Staatsstreichs durch Verfassungs-Paragraphen hindern lassen!

Und welche vernünftigen Argumente vermöchte wohl unsere Regierung dagegen vorzubringen? Ja, wenn sie noch auf kraftvolle Handlungen, auf energische Entschlüsse hinweisen, könnte! Wenn sie durch rasche Hinwegräumung der von Wilson so deutlich bezeichneten Friedenshindernisse bewiesen hätte, daß sie über wirkliche Macht verfügt! Aber nein, diese schwachmütige „Volksregierung" weiß zwar genau, welche Friedenshindernisse existieren, aber sie besitzt entweder nicht den ernsten Willen, oder aber nicht den Einfluß, für ihre Beseitigung zu sorgen. Wie kann man dann aber erwarten, daß Wilson vor der Autorität und der Macht einer solchen Regierung auch nur den geringsten Respekt empfindet!

Dazu kommt noch das schrankenlose Schalten und Walten der alten Mächte im ganzen Land. Zensurstreiche, Versammlungsauflösungen, Zeitungsverbote, Polizeistückchen aller Art werden bis zum Augenblick noch eben so munter verübt, wie je zu den Zeiten der Michaelis und Bethmann. Das Auswärtige Amt vermag nicht einmal gegen die allmächtige Berliner Polizei eine Versammlungserlaubnis durchzusetzen. Was nützt es, daß Herr Trimborn als Staatssekretär den ungeniert im alten Stil drauflos wirtschaftenden alten Mächten mit Amtsentsetzung droht! Hätte er noch die sofort erfolgte Entlassung der Verantwortlichen mitteilen können! Aber soweit reicht eben der Arm der „Volksregierung" nicht.

Die alten Machthaber sitzen immer noch zu fest im Sattel. Sie haben die eigentliche Macht, sind, als Polizeigewaltige, als Korpskommandeure, als Landräte, kurz als die realen Machthaber im Reich und in Preußen, die bewegenden Kräfte des ganzen staatlichen und militärischen Organismus. Ihr Einfluß ist mit unzähligen Wurzeln im Staatsleben und im Heeresorganismus verankert, während die „Volksregierung" nichts, aber auch gar nichts von realer Macht hinter sich hat! Daß sie nach außen hin als zivile Macht agieren darf, hat sie einzig und allein der bösen militärischen Lage zu danken. Die leiseste Veränderung, ja nur die bloße Einbildung einer solchen Aenderung in den Kreisen der wirklichen Machthaber, und die heutigen Minister würden von ihren Ministersitzen hinweggewischt wie Strohpuppen. Ist es da ein Wunder, wenn Wilson sich nicht auf diese Sorte Volksregierung, sondern nur auf die militärischen Machtmittel der Entente verläßt? Wenn er erklärt: entweder Ihr kapituliert, Ihr streckt die Waffen, oder Ihr präsentiert uns eine Regierung, die nach ihrer Vergangenheit und nach ihrer ganzen Machtstellung im Staate wirkliches Vertrauen verdient!

Es gibt also nur zwei Möglichkeiten, die Friedenshindernisse hinwegräumen: die nackte Kapitulation der alten Machthaber, oder die wahrhafte Volksregierung, die zuvor die Demokratie mit allen realen Garantien sicher gestellt hat!

Gegen beide Lösungen aber werden sich die alten Machthaber mit dem Aufgebot ihrer letzten Kräfte sträuben. Und noch darf ihre Macht nicht unterschätzt werden. Noch hat die Einsicht nicht triumphiert! Noch darf sich das Volk nicht in Friedenshoffnungen einlullen lassen. Zu fürchterlich könnte das Erwachen sein! Nicht wieder wie im Jahre 1914 darf das Volk sein Schicksal unberechenbaren Zufallsmächten anvertrauen! „b."

Republiken ringsum!

In Deutsch-Oesterreich, in Ungarn ist die Republik ausgerufen worden. Die Tschechoslowaken gaben ihrem Lande die republikanische Staatsform. Rings um Deutschland rollen die Kronen auf die Straße, überall regen sich die Völker, um selbst über ihre Geschicke zu bestimmen. Das deutsche Volk dagegen darf sich noch folgender angestammter Herrscher erfreuen:

1. Wilhelm II., Deutscher Kaiser und König von Preußen.
2. Ludwig III., König von Bayern.
3. Friedrich August III., König von Sachsen.
4. Wilhelm II., König von Württemberg.
5. Friedrich II., Großherzog von Baden.
6. Ernst Ludwig, Großherzog von Hessen.
7. Friedrich August, Großherzog von Oldenburg.
8. Friedrich Franz IV., Großherzog von Mecklenburg-Schwerin.
9. Wilhelm Ernst, Großherzog von Sachsen-Weimar.
10. Vakat ist der Thron von Mecklenburg-Strelitz.
11. Friedrich II., Herzog von Anhalt.
12. Ernst August, Herzog von Braunschweig.
13. Ernst II., Herzog von Sachsen-Altenburg.
14. und 15. Karl Eduard, Herzog von Sachsen-Koburg und Gotha.
16. Georg II., Herzog von Sachsen-Meiningen.
17. Heinrich XXIV., Fürst von Reuß ältere Linie.
18. Heinrich XXVII., Fürst von Reuß jüngere Linie.
19. und 20. Günther, Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt und Sondershausen.
21. Leopold IV., Fürst von Lippe-Detmold.
22. Adolf, Fürst von Schaumburg-Lippe.

Republiken ringsum! Deutschland aber hat, neben den drei freien Städten, in denen bürgerliche Cliquen herrschen, und Elsaß-Lothringen noch 22 Vaterländer, an deren Spitze Herrscher „von Gottes Gnaden" stehen!

Kaiser des „Volksstaates"?

Ein Bekenntnis Wilhelm II.

Berlin, 2. November. Amtlich. (W. T. B.) Der Kaiser hat bei dem Inkrafttreten der Verfassungsänderungen folgenden Erlaß an den Reichskanzler gerichtet:

Euerer Großherzoglichen Hoheit lasse Ich in der Anlage den Mir zur Ausfertigung vorgelegten Gesetzentwurf zur Abänderung der Reichsverfassung und der Gesetze, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers vom 17. März 1878 zur alsbaldigen Veröffentlichung wieder zugehen. Ich habe den Wunsch, bei diesem für die weitere Geschichte des Deutschen Volkes so bedeutungsvollen Schritt zum Ausdruck zu bringen, was Mich bewegt. Vorbereitet durch eine Reihe von Regierungsakten, tritt jetzt

eine neue Ordnung

in Kraft, welche grundlegende Rechte von der Person des Kaisers auf das Volk überträgt. Damit wird eine Periode abgeschlossen, die vor den Augen künftiger Geschlechter in Ehren bestehen wird. Trotz aller Kämpfe zwischen überkommenen Gewalten und emporstrebenden Kräften hat sie unserem Volke jene gewaltige Entwicklung ermöglicht, die sich in den wunderbaren Leistungen dieses Krieges unvergänglich offenbart. In den furchtbaren Stürmen der vier Kriegsjahre aber sind

alte Formen zerbrochen,

nicht um Trümmer zu hinterlassen, sondern um neuen Lebensgestaltungen Platz zu machen. Nach den Vollbringungen dieser Zeit hat das Deutsche Volk den Anspruch (!) Red. Volksbl.), daß ihm kein Recht vorenthalten wird, das eine freie und glückliche Zukunft verbürgt. Dieser Ueberzeugung verdanken die jetzt vom Reichstag angenommenen und erweiterten Vorlagen der verbündeten Regierungen ihre Entstehung. Ich aber trete diesen Beschlüssen der Volksvertretung mit Meinen hohen Verbündeten bei, in dem festen Willen, was an Mir liegt, an ihrer vollen Auswirkung mitzuarbeiten, überzeugt, daß Ich damit dem Wohle des Deutschen Volkes diene. Das Kaiseramt ist Dienst am Volke.

So möge die neue Ordnung alle guten Kräfte frei machen, deren unser Volk bedarf, um die schweren Prüfungen zu bestehen, die über das Reich verhängt sind, und um aus dem Dunkel der Gegenwart mit festem Schritt eine helle Zukunft zu gewinnen.

Berlin, den 28. Oktober 1918.

gez. Wilhelm I. R.
ggez. Max, Prinz von Baden.

Der jähe und tiefe Absturz aus der unnahbar-erhobenen Höhe des Gottesgnadentums ins Menschlich-Allzumenschliche kann sich wohl kaum noch schärfer und sinnfälliger widerspiegeln wie in diesem kaiserlichen Bekenntnis zur „Neuordnung" der Dinge, die bereits über ihn zur „Tagesordnung" übergegangen ist. Das scheint auch die neue „Volks"regierung empfunden zu haben, denn sonst hätte sie wohl mit der offiziellen Bekanntgabe dieses in mancherlei Betracht denkwürdigen Dokuments nicht volle sechs Tage gewartet. Wenn man es heute der Oeffentlichkeit unterbreitet, so merkt man die damit verfolgte Absicht doch zu deutlich, als daß man nicht „verstimmt" werden müßte. Die Zahl derer im Volke, die da meinen, Wilhelm II. müsse viel weitergehende Entschlüsse fassen, als in Erlassen an den Reichskanzler seine Auffassung über die Neuordnung niederlegen, ist in ständigem Wachsen.

Dieser Volksstimmung hat nun auch die Regierungssozialdemokratie insoweit Rechnung getragen, daß Exzellenz Scheidemann in einem Briefe an den Reichskanzler die Frage des Rücktritts des Kaisers aufgeworfen hat. Der Vorwärts sagt dazu: „Es ist richtig, daß von Genossen Scheidemann ein derartiger Schritt unternommen wurde. Wir können hinzufügen, daß er im Einvernehmen mit den Vorständen der Partei und der Reichstagsfraktion erfolgt ist."

Bis jetzt ist nicht bekannt geworden, ob der Schritt Scheidemanns auf die Errichtung der deutschen Republik abzielte, oder ob es sich dabei nur um die Person Wilhelm II. handelt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181104-14/fragment/page=0001

Jedenfalls ist aber anzunehmen, daß sich die Volksregierung mit der Frage einer möglichen Abdankung Wilhelm II. beschäftigt hat, und dabei den Regierungssozialisten ihr Abfall vom grundsätzlichen Bekenntnis zum Republikanismus durch die ablehnende Stellungnahme der kapitalistischen Regierungsmänner erleichtert wurde . . .

Der Lokalanzeiger schreibt: „Es haben in den letzten Tagen Besprechungen der Parteien stattgefunden, um zu dem Vorstoß der Sozialdemokratie gegen den Kaiser Stellung zu nehmen. Nach ihrem Ergebnis dürfte die Frage, ob für die Abdankung des Kaisers Notwendigkeit vorliege, verneinend zu beantworten sein. Die Stellung des Zentrumspartei ist durch die Erklärungen der Germania wiedergegeben. Die nationalliberale Fraktion hat einmütig den Standpunkt vertreten, daß das Kaisertum der Hohenzollerndynastie als Symbol der deutschen Einheit erhalten bleiben müsse, da sonst der Zerfall des Deutschen Reiches unaufhaltsam sein würde. Innerhalb der fortschrittlichen Volkspartei sind es nur die Kreise um Quidde, die die Forderung der Abdankung unterstützen. Da sich inzwischen auch bei den süddeutschen Sozialdemokraten Stimmen gemeldet haben, die sich gegen den Schritt Scheidemanns wenden, so dürfte wohl festgestellt werden, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes sich gegen diesen Schritt wendet" (?)

Als teilweises Ergebnis dieser Beratungen dürfte die amtliche Veröffentlichung des kaiserlichen Erlasses anzusehen sein. Der offenbare Zweck dieser durchsichtigen Uebung ist: der Erlaß des Kaisers soll beruhigend und versöhnlich auf die Volksstimmung wirken, etwa in dem Sinne: Da seht doch einmal, was der Kaiser für ein lieber, netter, verständiger, einsichtiger und — anpassungsfähiger Mann ist, mit welcher heroischen Selbstüberwindung er sich in die neuen Zeitverhältnisse zu schicken weiß. Zum mindesten ist ein erheblicher Teil sogar der Presse der Linken auf diesen Ton gestimmt und hochbefriedigt von dem kaiserlichen Bekenntnis. Diese „Neu-Demokraten" von gestern besinnen sich wieder auf ihre Untertanenpflicht und die weitere Erörterung der Kaiserfrage beginnt ihnen bereits Unbehagen zu bereiten. „Schluß mit der Kaiserdebatte"! fordert denn auch bereits das einflußreiche Zentrumsblatt, die Kölnische Volkszeitung.

Und den Regierungssozialisten durfte eine solche „Lösung" der „Kaiserfrage" gar nicht so unwillkommen sein. Grundsätzlich ist ihnen ja die Frage Republik und Monarchie Hekuba. Das die ausschlaggebende Mehrzahl ihrer „führenden" Männer das grundsätzliche Bekenntnis zum Republikanismus zum alten Eisen gelegt hat, das ist in der letzten Zeit in der regierungssozialistischen Presse mehrfach und zweifelsfrei zum Ausdruck gekommen. Natürlich versucht man noch so einigermaßen das republikanische „Gesicht" zu wahren, aber das gelingt nur noch mit krampfhaftester Anstrengung. Das merkt man besonders einem Leitartikel des Vorwärts über die Kaiserfrage an, der sich in Einseits- und Andererseitswendungen bewegt, nicht feichter und lendenlahmer sein kann, und sich zu Geschmacklosigkeiten wie diese verirrt: „Wir haben ein Recht darauf, von den Arbeitern zu verlangen, daß sie uns nicht im Stiche lassen, daß sie uns nicht in den Rücken fallen, daß sie nicht blendenden Schlagworten (!) nachlaufen wie Kinder, (!) die Schmetterlinge (!!!) jagen."

Mit den blendenden Schlagworten meint man die grundsätzliche Stellung überzeugungstreuer Sozialisten zum Monarchismus. Und so etwas wagt man denkenden Arbeitern im Ernste zu bieten! Gut, mögen sie nur einen sozialistischen Grundsatz um den andern aus reiner Opportunitätspolitik preisgeben — einst wird sich das gewiß noch rächen! Wir aber bleiben den alten sozialistischen und republikanischen Grundsätzen der Sozialdemokratie treu. Wir verlangen die Beseitigung des Systems, wir fordern die Republik! Wir fordern die Republik, wie wir sie von jeher gefordert haben, nicht, weil durch die Beseitigung der Monarchie als solche unser Ideal schon verwirklicht wäre, sondern, weil wir den volksfeindlichen Bestrebungen den Mittelpunkt genommen wissen wollen, und weil die Republik dem Klassenkampf, den das Proletariat zu führen hat, ein freieres Kampffeld gewährt.

Ein regierungssozialistisches Angstprodukt.

Nach einem W. T. B.-Berichte verbreitete die sozialdemokratische Parteileitung in Berlin am gestrigen Sonntage ein Flugblatt mit einer Mahnung zur Besonnenheit. Darin hieß es:

„Durch unterschriftslose Flugblätter und durch Agitation von Mund zu Mund ist an euch die Aufforderung ergangen, in den nächsten Tagen die Betriebe zu verlassen und auf die Straße zu gehen. Wir raten euch dringend, dieser Aufforderung nicht zu folgen. Wie ihr alle wißt, befindet sich die sozialdemokratische Partei im Zwange einer sehr wichtigen Aktion. Sie hat einige Genossen in die Regierung entsandt, damit diese schleunigst Frieden schließen und im Innern alle bürgerlichen Freiheiten herstellen, deren die Arbeiterklasse zu ihrer weiteren Entwicklung bedarf."

„Wir fordern euch auf, diese Verhandlungen nicht durch unbesonnenes Dazwischentreten zu durchkreuzen. Folgt darum keiner Parole, die von einer unverantwortlichen Minderheit ausgehen wird."

Waffenstillstandsbedingungen für die Türkei.

London, 1. November. (Reuter.) Der mit der Türkei abgeschlossene Waffenstillstand enthält (u. a.) folgende Bedingungen:

Oeffnung der Dardanellen und des Bosporus und freier Zugang zum Schwarzen Meer. Besetzung der Forts in den Dardanellen und im Bosporus durch die verbündeten Truppen.

Alle alliierten Kriegsgefangenen und die internierten oder gefangenen Armenier sind in Konstantinopel zu versammeln und bedingungslos den Alliierten zu übergeben.

Sofortige Demobilisierung der türkischen Armee mit Ausnahme solcher Truppen, die für die Bewachung der Grenze und für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung erforderlich sind. Der Effektivbestand des Heeres und seine Verteilung werden später von den Alliierten nach vorheriger Beratung mit der türkischen Regierung festgesetzt werden.

Auslieferung aller Kriegsschiffe, die sich in türkischen Gewässern oder in von der Türkei okkupierten Gewässern befinden.

Die Alliierten erhalten das Recht, alle strategischen Punkte zu besetzen, falls eine Lage entsteht, die die Sicherheit der Alliierten bedroht.

Die Alliierten besetzen die Taurus-Tunnelanlagen.

Unverzügliche Zurückziehung der türkischen Truppen aus Nordwest-Persien bis hinter die vor dem Kriege gültige Grenze ist bereits befohlen worden und wird ausgeführt werden. Die Räumung eines Teiles des Kaukasus durch die türkischen Truppen ist bereits befohlen worden. Der Rest ist zu räumen, wenn es von den Alliierten gefordert wird, nachdem sie zuvor die dortige Lage geprüft haben.

Alle Bahnen sind unter die Kontrolle alliierter Offiziere zu stellen, einschließlich der Teile der transkaukasischen Eisenbahnen, die augenblicklich unter türkischer Herrschaft sind, und die zur freien und vollständigen Verfügung der alliierten Behörden zu stellen sind, wobei den Bedürfnissen der Bevölkerung in angemessener Weise Rechnung getragen wird. Diese Bestimmung schließt die Besetzung von Batum durch die Alliierten in sich. Die Türkei wird keinen Anspruch gegen die Besetzung von Baku durch die Alliierten erheben.

Auslieferung aller Garnisonen im Hedschas, Assyrien, Yemen, Syrien, Mesopotamien an den nächsten alliierten Kommandanten und Zurückziehung der Truppen aus Cilicien mit Ausnahme derjenigen, die notwendig sind, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Auslieferung aller türkischen Offiziere in Tripolis und der Cyrenaika an die nächsten italienischen Garnisonen. Die Türkei verpflichtet sich, die Versorgung dieser Offiziere und jede Verbindung mit ihnen einzustellen, sollten sie dem Befehl, sich zu übergeben, nicht Folge leisten.

Alle Häfen in Tripolis und der Cyrenaika einschließlich Misurata müssen der nächsten verbündeten Garnison ausgeliefert werden.

Alle deutschen und österreichischen Marine-, Militär- und Zivilpersonen müssen innerhalb eines Monats aus türkischen Gebieten entfernt werden. Die in entfernteren Distrikten befindlichen Personen müssen so schnell wie möglich abgeschoben werden.

Die türkischen Kriegsgefangenen stehen zur weiteren Verfügung der verbündeten Mächte. Die Entlassung der türkischen Zivilgefangenen und solcher Gefangener, die das militärische Alter überschritten haben, wird in Erwägung gezogen.

Die Türkei verpflichtet sich, alle Beziehungen zu den Mittelmächten aufzugeben.

Die Feindseligkeiten zwischen den Verbündeten und der Türkei hören Donnerstag, den 31. Oktober 1918, um 12 Uhr mittags auf.

Waffenruhe in Italien.

Wien, 3. November. Amtlich wird verlautbart:

Auf dem italienischen Kriegsschauplatz haben unsere Truppen auf Grund des abgeschlossenen Waffenstillstandes die Feindseligkeiten eingestellt.

Die Verteilung der Waffenstillstands-Bedingungen erfolgt besonders. Der Chef des Generalstabes.

Belgrad wieder im Besitz der Serben.

Genf, 3. November. Nach Havas meldet der amtliche Berichterstatter der zweiten Orientarmee: Die französische Kavallerie lieferte den feindlichen Abteilungen in der Gegend des Eisernen Tores mehrere glückliche Gefechte. Die serbischen Truppen erreichten die Donau am 30. Oktober zwischen Semendria und Belgrad und beschossen die feindlichen Monitore mit Geschützen. Beim Ausbau ihrer Erfolge bemächtigten sie sich am 1. November ihrer Hauptstadt Belgrad.

Fliegerangriff auf Bonn.

Köln, 3. November. (Amtlich.) Die feindlichen Flieger, die am Nachmittag des 31. Oktober die offene Stadt Bonn angriffen, hatten es, wie sich aus den Bombeneinschlagsstellen an den verkehrsreichsten Punkten der innern Stadt ergibt, lediglich auf die friedliche Bevölkerung abgesehen. Auch der Zeitpunkt des Angriffs am Nachmittag, an dem der Straßenverkehr am lebhaftesten ist, beweist diese nichtswürdige Absicht unserer Gegner. Die abgeworfenen Bomben waren durchweg solche mit geringer Durchschlagskraft, aber mit um so größerer Splitterwirkung, also auch Wirkung gegen lebende Ziele, das heißt gegen Frauen und Kinder berechnet. Auf diesen Umstand ist die bedauerlich hohe Zahl von 27 Toten und 35 Schwerverwundeten zurückzuführen. Die Alarmierung der Stadt war rechtzeitig erfolgt.

Oesterreichs Neugestaltung.

Die Waffenstillstandsbedingungen.

Wien, 3. November. (W. T. B.) Ueber die von den Italienern gestellten Waffenstillstands-Bedingungen wird amtlich u. a. verlautbart:

Sofortige Einstellung der Feindseligkeiten zu Lande, zu Wasser und in der Luft.

Gänzliche Demobilisierung Oesterreich-Ungarns und sofortige Zurückziehung aller Einheiten, die an der Front von der Nordsee bis zur Schweiz operieren. Die Hälfte des gesamten Divisions- und Korps-Artilleriematerials sowie die entsprechende Ausrüstung wird an den von den Alliierten und den Vereinigten Staaten zu bestimmenden Punkten angesammelt werden müssen, um ihnen ausgeliefert zu werden.

Evakuierung jedes von Oesterreich-Ungarn seit Kriegsbeginn mit Waffengewalt besetzten Gebietes und Zurückziehung der österreichisch-ungarischen Kräfte innerhalb eines vom Oberkommandierenden der Alliierten Kräfte an den verschiedenen Fronten zu bestimmenden Termins.

Alle Heimatsgebiete werden von den Truppen der Alliierten und der Vereinigten Staaten besetzt werden.

Der vollständige Abzug aller deutschen Truppen innerhalb 15 Tage nicht nur von der italienischen und Balkanfront, sondern vom ganzen österreichisch-ungarischen Territorium, und die Internierung aller deutschen Truppen, welche Oesterreich-Ungarn in diesen Tagen nicht verlassen haben.

Sofortige Heimsendung ohne Gegenseitigkeit aller Kriegsgefangenen und internierten Untertanen der Alliierten.

Uebergabe von 15 österreichisch-ungarischen U-Booten und aller deutschen U-Boote, die sich in den österreichisch-ungarischen Gewässern befinden oder dorthin gelangen können, an die Alliierten. Vollständige Abrüstung aller andern österreichisch-ungarischen U-Boote.

Uebergabe von drei Schlachtschiffen, drei leichten Kreuzern, neun Torpedobootszerstörern, ein Minenleger, sechs Donaumonitoren.

Besetzung aller Land- und Seebefestigungen.

Rückgabe aller von Oesterreich-Ungarn den Alliierten weggenommenen Handelsschiffe.

Hierzu wird bemerkt, daß die vorstehenden Waffenstillstandsbedingungen ohne Präjudiz für den späteren Frieden angenommen wurden. Es wurde dabei vorausgesetzt, daß die Bestimmung bezüglich der Besetzung des Heimatsgebietes durch die Truppen der Alliierten nicht so zu verstehen ist, daß die feindlichen Armeen die freie Bewegung zu einem Angriff auf Deutschland ausnützen können. Sollte diese Voraussetzung nicht zutreffen, so müßte dagegen Protest eingelegt werden.

Die neue Regierung in Wien.

Wien, 2. November. (W. T. B.) Das Präsidium des Staatsrates veröffentlicht folgende Mitteilungen: Der Staatsrat hat die Vollzugsgewalt übernommen und die Staatssekretäre in ihre Aemter eingeführt. Die deutschen Behörden werden ihre Wirksamkeit ausschließlich auf das Gebiet des deutsch-österreichischen Staates erstrecken. Der Leiter der Staatskanzlei Dr. Renner errichtete bereits ein legislatives Bureau. Mit der legislatorischen Vorbereitung der Abgrenzungsakte wurde eine besondere Arbeitsgruppe im Rahmen der Staatskanzlei betraut, die unter Leitung des Staatsrates Dr. v. Lecht stehen wird. Staatssekretär des Aeußern, Dr. Adler, stellte sich heute dem deutschen Botschafter Grafen Wedel vor und notifizierte ihm die Uebernahme der Gewalt durch die neue deutsch-österreichische Regierung. Der Staatssekretär ersuchte den Botschafter, als Vertreter des Deutschen Reiches bei der deutsch-österreichischen Regierung in Wien zu bleiben.

Karl „dankt ab".

Wien, 2. November. (W. T. B.) Kaiser Karl hatte für heute nachmittag die drei Präsidenten der deutsch-österreichischen Nationalversammlung zu sich beschieden.

Nach Privatmeldungen aus Wien soll er die Absicht haben, abzudanken, und aus Berlin wird berichtet, daß er bereits in der Schweiz angekommen sei.

Graf Andrassy zurückgetreten. Wien, 2. November. (Wiener Korr.-Bureau.) Der Minister des Auswärtigen Graf Andrassy hat heute seinen Rücktritt angeboten. Der Kaiser hat ihn angenommen. Die Leitung des Ministeriums des Auswärtigen übernimmt vorläufig Sektionschef Freiherr v. Flotow. Auch der gemeinsame Finanzminister Spitzmüller hat sein Entlassungsgesuch eingereicht.

Nationalgarde oder Rote Garde in Wien?

Wien, 1. November. Korr.-Bureau. Zur gestrigen konstituierenden Versammlung meldet die Blätter noch: Nach dem Beschluß, eine deutsch-österreichische Armee zu bilden, schlug ein Oberleutnant die Schaffung einer Nationalgarde vor. Der Vorschlag fand begeisterte Aufnahme und schien der Zustimmung aller sicher, als ein Soldat namens Haller das Wort ergriff und sich gegen die Schaffung einer Nationalgarde als den Ursprung weiterer Kriege aussprach. Er bekannte sich als Sozialrevolutionär und beantragte unter Zustimmung seiner Gesinnungsgenossen die Schaffung einer Roten Garde und Bildung eines eigenen Soldatenrats, während die nationalen Elemente der Versammlung den Antragsteller mit seinen Gesinnungsgenossen vergeblich für ihre Sache zu gewinnen suchten. Mit seinen Gesinnungsgenossen verließ Haller als Kommandant der Roten Garde die Versammlung unter den Protesten der zurückbleibenden bürgerlichen nationalen Teilnehmern.

Friedrich Adler in Freiheit!

Wien, 2. November. (W. T. B.) Der gestern abgehaltene Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie faßte eine Entschließung, in der das unbeschränkte Selbstbestimmungsrecht der anderen Nationen anerkannt und das gleiche Recht auch für das deutsche Volk gefordert wird. Der Parteitag beschließt daher die Bildung freier Volksstaaten und wünscht, daß die Beziehungen zwischen den neuen Volksstaaten auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker so geregelt werden, daß alles vermieden wird, was zukünftig Feindschaft zwischen den Nationen erzeugen und den Frieden der Völker gefährden würde. Der Parteitag begrüßt die Bildung eines deutsch-österreichischen Staates und fordert, daß der Staat eine demokratische Republik werde, daß die Verfassung des Staates durch eine konstituierende Nationalversammlung baldmöglichst auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes aller Männer und Frauen festgesetzt werde.

Der Verteidiger Doktor Friedrich Adlers, Dr. Harpner, teilte mit, daß

Friedrich Adler in Freiheit gesetzt

worden sei. Die Mitteilung wurde von dem Parteitage mit jubelndem Beifall aufgenommen.

An Friedrich Adler.

Ein Gruß des Moskauer Proletariats.

Moskau, den 29. Oktober 1918.

An den Genossen Friedrich Adler.

Das Exekutiv-Komitee des Moskauer Gouvernements-Deputierten-Sowjets sendet in der Zeit des Weltringens der Arbeiterklasse mit dem Imperialismus seinen Gruß dem im Gefängnis schmachtenden Genossen Friedrich Adler. Sie müssen im Kerker hinsiechen, doch die Stunde der Vergeltung ist gekommen; die sühnende Hand des österreichischen Proletariats schwebt über den Häuptern der gekrönten und ungekrönten Henker, und die Stunde ist nicht mehr fern, wo wir Sie wiedersehen und im Verein mit Ihnen in den letzten, entscheidenden Kampf ziehen werden.

Es lebe die internationale Revolution, es lebe der Sozialismus!

Der Vorsitzende des Gouvernements-Deputierten-Sowjets.
Saposchkow.

Republik oder Monarchie in Ungarn?

Budapest, 2. November. (W. T. B.) (Ungarisches Korr.-Bureau.) Heute abend hat der Vollzugsausschuß des ungarischen Nationalrates im Parlamente, dem Sitze des Nationalrates, beraten. Ministerpräsident Graf Karolyi teilte mit, daß die Regierung durch den König von ihrem Eid entbunden worden sei und in ihr Programm die Frage der Staatsform aufgenommen habe, nämlich, ob Ungarn künftig Republik oder Monarchie sein solle.

Ministerpräsident Graf Karolyi sagte: Nachdem die elementare Kraft der öffentlichen Stimmung verlangt hat, daß nicht nur die Demokratie und Unabhängigkeit durchgeführt, sondern auch über die Staatsform eine Entscheidung getroffen werde, und zwar durch das gesamte Volk, wollten wir uns durch den dem Könige geleisteten Eid bei unseren freien Entschließungen und unseren Handeln keine Schranken ziehen lassen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat. Budapest, 3. November. (Meldung des Ungarischen Telegr.-Korr.-Bureaus.) Vormittags wurde ein Arbeiterrat gebildet, der beschloß, in Fragen, die sich auf die Stadt Budapest beziehen, die Kompetenz der Stadtverordnetenversammlung nicht anzuerkennen, sondern die Exekutivgewalt einem Ausschuß aus drei Vertretern des Nationalrates, des Arbeiterrates und des Soldatenrates zu übertragen.

Italienische nationale Kundgebungen in Triest.

Triest, 1. November. (W. T. B.) Gestern vormittag übernahm ein aus Vertretern italienischer und slawischer Parteien bestehender Wohlfahrtsausschuß die Bildung und Wahrung der öffentlichen Ruhe. Der Staatshalter und der Polizeidirektor verließen gestern mit dem Präsidenten die Stadt und werden bis auf weiteres in Graz amtieren. In Triest fanden gestern den ganzen Tag über italienische nationale und sozialistische Kundgebungen statt.

Italienische Truppen in Triest. Rom, 3. November. Agenzia Stefani veröffentlicht folgende Note: Am Sonntag sind italienische Land- und Marinetruppen in Triest gelandet.

Triest, 3. November. Heute um 4 Uhr nachmittags sind sechs italienische Torpedojäger eingetroffen und setzten am Molo San Carlo an. Der gewesene Triester Podesta Dr. Valerio und der Führer der italienischen Sozialdemokraten Dr. Pusher als Vertreter des Triester Wohlfahrtsausschusses erschienen zur Begrüßung und geleiteten den Kommandanten der hier eingetroffenen Flottille in das frühere Statthalterei-Palais zum Sitze des Wohlfahrtsausschusses. Die Menge bereitete den gelandeten Truppen einen festlichen Empfang.

Polnisch-ukrainische Feindseligkeiten in Galizien.

Warschau, 2. November. (W. T. B.) Extrablätter Warschauer Zeitungen bringen aufsehenerregende Berichte über den Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen polnischen und deutsch-ukrainischen Truppen in Ostgalizien. So wird gemeldet, daß in der Nacht auf den 1. November Lemberg durch Regimenter deutsch-österreichischer und ukrainischer Nationalität eingenommen worden ist. Die Eisenbahnbrücke über den San ist in die Luft gesprengt. Przemysl ist in den Händen der Ruthenen. Nach der Godzina Polski ist eine besondere österreichische Armee unter dem Oberbefehl des Generals Haus, bei der sich der Erzherzog Wilhelm befindet, im Vormarsch auf Rzeszowski und Zamosk.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191811 04-14/fragment/page=0002

Deutsche Heeresberichte.

Großes Hauptquartier, 3. November. Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. In Flandern nahmen wir die an der Lys stehenden Truppen im Anschluß an unsere neue Front an der Schelde auf Gent zurück. Oestern standen hier keine Gefechtsfühlung mit dem Gegner. Nordöstlich von Oudenaarde und bei Tournai wurden Teilangriffe des Feindes abgewiesen. Bei und südlich von Valenciennes setzte der Engländer seine heftigen Angriffe fort. In Vormittagskämpfen drückte er uns auf Sanltain und setzte sich wieder in Preseau fest. Villers-Pol wurde gegen mehrfache Angriffe gehalten. Erneute, am Nachmittag östlich von Valenciennes geführte Angriffe scheiterten. Das Infanterieregiment Nr. 24 unter den Hauptleuten von Brandys und Haupt und Batterien des Feldartillerieregiments Nr. 44 zeichneten sich besonders aus. Westlich von Landrecies wiesen wir Teilangriffe des Gegners ab. Wo der Feind eindrang, warfen ihn Radfahrertruppen wieder hinaus.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Gallwitz. Westlich von Guise blieb ein Teilangriff des Gegners ohne Erfolge. Der Franzose hat nach den schweren Verlusten, die er in der Schlacht am 1. November an den Aisne-Fronten erlitt, gestern keine großen Angriffe nicht mehr fortgesetzt. Er beschränkte sich auf Teilangriffe östlich von Bangque, bei Neuville et Day und Terron, die wir, teils im Gegenstoß, abwiesen.

Der Einbruch der Amerikaner westlich der Maas veranlaßte uns, die Front zwischen der Aisne und Champignevelle zurückzunehmen. In Linie Ouatre Champs–Buzancy entwickelten sich gestern Vorfeldkämpfe. Westlich der Maas setzte der Amerikaner seine Angriffe fort. Sie haben bei Tailly und über Villers-devant-Dun etwas Boden gewonnen; im übrigen wurden sie abgewiesen. Heftige Vorfeldkämpfe westlich der Mosel.

Leutnant Buckler errang seinen 35. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister Groener.

•

Großes Hauptquartier, 4. November 1918. Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Vorfeldkämpfe vor unseren neuen Linien nördlich von Gent. Wir stehen hier am Kanal und am Westrand der Stadt in Gefechtsfühlung mit dem Gegner. Oestlich von Valenciennes haben wir unsere Front vom Gegner etwas abgesetzt. Der Feind stand am Abend bei Onnaing-Fenlain und Villers-Pol. Beiderseits von Le Quesnoy und Landrecies gesteigerter Artilleriekampf. Westlich von Landrecies wiesen wir erneute Angriffe des Feindes im Gegenstoß ab.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Gallwitz: Zwischen Oise und Aisne lebte die Artillerietätigkeit am Abend auf. Sie war nördlich von Guise und bei Banogne, hier in Verbindung mit erfolglosen Teilangriffen des Gegners, von größerer Heftigkeit. Im Anschluß an die gestern gemeldete Zurückverlegung unserer Front östlich der Aisne nahmen wir auch westlich der Maas unsere Linie etwas zurück.

Vorfeldkämpfe südlich von Le Chesne und bei Verrieres. Starke Angriffe der Amerikaner zwischen Sommauthe und Belval brachten wir im Walde nördlich von Belval zum Stehen. Auf dem östlichen Maas-Ufer scheiterten heftige Teilangriffe, zwischen Maas und Mosel mehrfache Vorstöße des Gegners. Westlich der Mosel säuberten wir kleine aus den letzten Kämpfen noch in Feindeshand gebliebene Grabenstücke.

Der Erste Generalquartiermeister Groener.

•

Der Waffenstillstand mit Oesterreich unterzeichnet. Paris, 3. November. Havas-Meldung. Der Waffenstillstand mit Oesterreich-Ungarn ist unterzeichnet worden. Die Feindseligkeiten werden am Montag, **den 4. November, 3 Uhr nachmittags,** eingestellt **werden.**

Die befreiten Italiener.

Die Korrespondenz Wilhelm meldet aus Wien: Am Sonnabend hurden in den Bezirken etwa 15 Versammlungen der Soldatenräte abgehalten, die durchweg ruhig verliefen. In einer Versammlung meldeten sich Freiwillige dazu, den ausgebrochenen Kriegsgefangenen nach Sigmundsherberg und Breitenlee entgegenzutreten.

Nach weiterer Meldung der Korrespondenz Wilhelm haben nämlich in den Gefangenenlagern zu Hart und Amstetten in Sigmundsherberg und Breitenlee die Lagerwachen, größtenteils tschechische Slowen und Südslawen, ihre Posten verlassen, so daß die Gefangenen frei wurden. Die Gefangenen von Hart haben sich eines Heimkehrzuges bemächtigt und sind über Kemmelbach bei Ybbs weggefahren. Alle Maßnahmen sind getroffen, sie anzuhalten; die Italiener werden mit der Eisenbahn an die Grenze des südslawischen Staates und die Russen an die Grenze des tschecho-slowakischen Staates geschafft und diesen Staaten übergeben werden. Vom Kriegsministerium ist Feldmarschalleutnant Lienhardt nach Sigmundsherberg gereist, um dort die Maßnahmen wegen Ausbruchs der Gefangenen zu leiten. (W. T. B.)

Schiffsversenkungen. Berlin, 8. November. Amtlich. Im Sperrgebiet um England versenkten unsere U-Boote 46 000 Br.-R.-T. Es handelt sich fast durchweg um tiefbeladene, nach englischen Häfen einlaufende Dampfer, darunter zwei Tankdampfer. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Aus der Provinz.

Merseburg. Leuchtmittelabgabe. Auf die Novembermarken der Leuchtmittelkarte des Kreises Merseburg dürfen die Geschäfte 1 Liter Petroleum, 1 Pfund Karbid und 1 Kerze abgeben. Die Oktobermarken dürfen nicht mehr beliefert werden.

— **Verkaufstag für Altkleidung.** In der amtlichen Annahme und Verkaufsstelle für getragene Bekleidung Merseburg, Karlstraße 4, ist Dienstag, den 5. November, vormittags 9 bis 12 Uhr, Verkaufstag. Abgabe nur gegen Anweisungen des städt. Wohlfahrtsamts. Bei bezugscheinpflichtigen Waren ist außerdem die Beibringung der Bezugscheine erforderlich. Anträge zur Erlangung dringend benötigter Bekleidungsstücke werden durch die Frauenhilfen, Kriegsfürsorgestellen, Armenbezirksvorsteher usw. vermittelt.

Schkeuditz. Ueber Plünderung eines Lebensmitteltransports durch Soldaten berichtet das Wochenblatt: In den Abendstunden des Donnerstag sind von den Insassen eines Militärtransportzuges, der auf hiesiger Station längeren Aufenthalt nehmen mußte, aus einem Güterzuge, der auf dem Nebengleis hielt und der teilweise mit Lebensmitteln beladen war, mehrere Wagen gewaltsam geöffnet und geplündert worden. Ebenso wurden aus einem Wagen, der am Güterschuppen stand, Fässer und Kisten mit Margarine entwendet.

Eisleben. Die Errichtung eines Meteinigungsamtes für den Mansfelder Seekreis ist erfolgt. Vorsitzender ist Bürgermeister Dr. Heiperty, stellvertretender Vorsitzender Landrat Dr. von Nettenheim.

— **Die Kartoffelmenge** für die Woche vom 4. bis 10. November d. J. (mit 1 Strich) ist auf fünf Pfund mit der Maßgabe festgesetzt, daß auf die 4-Pfund-Marke nur 2 Pfund verabfolgt werden dürfen. Die ½-Pfund-Marken behalten ihre volle Gültigkeit. Haushaltungen, die Kartoffeln eingekellert haben, dürfen ebenfalls nur obige Wochenkopfmenge verbrauchen.

Hettstedt. Wurstsuppenausgabe. Der Magistrat beabsichtigt, die sich in der Kreis- und Stadtschlächterei ergebende Wurstsuppe unter Hinzusetzung von Graupen usw. an alleinstehende Personen zu verabfolgen und zur Regelung der Abgabe Karten an diese auszugeben. Diejenigen Personen, welche hiervon beliefert sein wollen, können sich am Dienstag, den 5. d. M., vormittags von 9 bis 11 Uhr, im Rathause, Zimmer 8, melden.

Ahlsdorf. Die Volksversammlung entsprach auch hier einem Bedürfnis nach politischer Aufklärung und Stellungnahme. Der große Saal des Gasthofes zum Ring war dicht gedrängt voll; es waren mehr als 500 Personen anwesend. Die Ausführungen Kilians wurden mit großem Beifall aufgenommen; eine im Sinne des Referats gehaltene, von Christiange eingebrachte Resolution die u. a. die republikanische Staatsform für Deutschland fordert, fand einstimmig Annahme. Uebereinstimmung der Versammelten zeigte sich auch in dem Beifall, den zwei Diskussionsredner fanden, die für Stärkung der unabhängigen Partei und der freien Gewerkschaften eintraten, die wesentliches für die Sicherung der Zukunft der Arbeiterschaft tun könnten, die infolge des schlimmen Kriegsausganges ziemlich trübe aussähen. Fünfundzwanzig neue Volksblatt-Leser wurden ebenfalls gewonnen; ein Zeichen, daß der Appell an die Mansfelder Bergleute, sie dürften in dieser bewegten Zeit der Weltumwältungen nicht indifferent beiseite stehen, an die rechte Adresse kam.

Bitterfeld. Abgabe von Marmelade. Auf Nr. 49 des Lebensmittelscheines kann ½ Pfund Marmelade zu 50 Pf. entnommen werden. Da uns auch eine geringe Menge Bienenhonig zur Ausgabe überwiesen worden ist, kann an Stelle der Marmelade ½ Pfund Honig zum Preise von 1 Mk. empfangen werden. Die Ausgabe desselben findet nur im Rathaushofe Dienstag nachmittag von 2 bis 4 Uhr statt.

Eilenburg. Die Ausgabe von Monatskarten für Fleisch- und Wurstbrühe für die nächsten vier Wochen findet Montag, den 4. November, nachmittags von 5 bis 7 Uhr im Laden der Kreisschlächterei Eilenburg, Leipziger Straße 46, statt. Verabfolgt werden gegen Vorlegung der Lebensmittelkarten für die Familien, welche in der Städtischen ihre Lebensmittelmarken holen, je eine Monatskarte für wöchentlich 2 Liter = 8 Liter Fleischbrühe zu 1,20 Mk. oder wöchentlich 2 Liter = 8 Liter Wurstbrühe zu 0,40 Mk., soweit Vorrat reicht. Geld ist, der schnellen Abfertigung halber, abgezählt bereit zu halten.

Torgau. Speisefettkartenausgabe im Lebensmittelamt von Montag bis Donnerstag. Montag für die Kunden von Hauffe und Klaue, Dienstag von Leuschner und Meier, Mittwoch von Nagel und Ziegler, Donnerstag von Neitel, Sickert, Wirtschaftsverein und div. Betriebe. Von 8 bis 1 Uhr vormittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags. Die Säumigen können ihre Karten erst am Mittwoch, den 13. November, erhalten.

Halberstadt. Aus der Partei. Das Parteileben hat eine kräftige Anregung erfahren durch die großartig verlaufene **Volksversammlung** am letzten Dienstag, in der unser Reichstagsabgeordneter Genosse **Brandes** über die politische Lage sprach. Selten war im Elysium eine solche Menschenmenge zusammen, wie bei unserer Versammlung. Die bürgerliche Presse schätzt die Zahl der Besucher auf dreitausend; daß sie tatsächlich größer gewesen ist, geht daraus hervor, daß am Saaleingang weit über dreitausend Karten verkauft wurden und Hunderte keinen Einlaß fanden wegen Ueberfüllung. Die Rede des Genossen Brandes, in der er Stellung zur weltpolitischen Lage nahm und die Haltung der unabhängigen Fraktion rechtfertigte, wurde mit großer Spannung verfolgt und oft von lebhaften Zustimmungskundgebungen unterbrochen. Am Schlusse löste sie langanhaltenden Beifall aus. Daraus war zu entnehmen, daß die Wähler volles Verständnis hatten für die selbständige an den Grundsätzen der sozialistischen Internationale orientierte Politik der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion, der Gen. Brandes angehört. Das lebhafte Interesse zeigte sich auch am Sonnabend in der Mitgliederversammlung des Parteivereins, die von nahezu 100 Genossen und Genossinnen besucht war. Interessante Auseinandersetzungen entspannen sich beim Punkt Verschiedenes, als mehrere Genossen Anfragen in bezug auf die neuen politischen Ereignisse stellten, die von einem als Gast anwesenden auswärtigen Genossen beantwortet wurden. Eine Frage betraf auch die unbefriedigenden Ernährungsverhältnisse der Stadt und gewisse Dinge, die zu ihrer Verschlechterung beitragen. Eine Reihe neuer Mitglieder wurde aufgenommen; auch entsprachen mehrere Genossen der Aufforderung zum Abonnement des Volksblattes. Das sind Zeichen, die zu den besten Hoffnungen für die Zukunft berechtigen.

Allerlei.

Untergrundbahn-Katastrophe in Brooklyn.

85 Personen getötet, 200 verletzt.

Neuyork, 2. Nov. Auf der Untergrundbahn in Brooklyn entgleiste im Tunnel ein Zug, wodurch 85 Personen getötet und fast 200 verletzt wurden. Der Zug führte 900 Passagiere. Es spielten sich schreckliche Szenen ab: viele wurden unter den Trümmern, die Feuer fingen, begraben. Das Unglück wird der Unerfahrenheit des während des Streikes (!) verwendeten Zugführers zugeschrieben.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Allerlei Karl Wolf; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Otto Kilian; Anzeigen Hermann Schade. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Unsere Leser

ersuchen wir, den Bezugspreis nur gegen Aushändigung der vom Verlag herausgegebenen, auf den fälligen Monat und den zu zahlenden Betrag lautende Quittung zu entrichten.

Arbeiter Sekretariat Halle (Saale)

Im Hause der Gewerkschaften Har 42/4 Zimmer 5 Sprechstunden nur werktag, von 1– Uhr und abends von 5–8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

*1546

In zwölfter Stunde

Am Mittwoch um 1 Uhr wird die Zeichnung auf die 9te Kriegsanleihe geschlossen!

Willst Du zögern, bis es zu spät ist?

Eine Geschichte von zwei Städten.

70] Von Charles Dickens.

Als Darnay auf diese Weise wohl eine halbe Stunde gewartet hatte, trat wieder die vorige Autoritätsperson heraus und befahl der Wache, das Tor zu öffnen. Dann übergab er der Eskorte einen Empfangsschein für den Eskortierten und forderte ihn auf, abzusteigen. Das tat Darnay, und die beiden Patrioten, sein müdes Pferd am Zügel führend, machten kehrt und ritten von dannen, ohne einen Fuß in die Stadt zu setzen.

Darnay folgte seinem Führer in eine nach schlechtem Wein und Tabak riechende Wachtstube, wo verschiedene Soldaten und Patrioten, schlafend oder wachend, betrunken oder nüchtern, oder in verschiedenen neutralen Zuständen zwischen Schlafen und Wachen, Trunkenheit und Nüchternheit, herumstanden und lagen. Die Erleuchtung der Wache, halb von den verlöschenden Oellampen der Nacht und halb von dem trüben Tag herrührend, war von entsprechend ungewissem Charakter. Einige Register lagen auf einem Pulte, und ein Offizier von gewinnem finsteren Aussehen saß vor demselben.

„Bürger Defarge," sagte er zu Darnays Begleiter, als er einen Zettel nahm, um darauf zu schreiben, „ist dies der Emigrant Evrémonde?"

„Das ist er."

„Ihr Alter, Evrémonde?"

„Siebenunddreißig."

„Verheiratet, Evrémonde?"

„Ja."

„Wo verheiratet?"

„In England."

„Richtig. Wo ist Ihre Frau, Evrémonde?"

„In England."

„Richtig."

„Sie sind in das Gefängnis La Force konsigniert, Evrémonde."

„Gerechter Himmel!" rief Darnay. „Nach welchem Gesetz und wegen welchen Vergehens?"

Der Offizier sah einen Augenblick von seinem Zettel auf.

„Wir haben neue Gesetze, Evrémonde, und neue Vergehen, seitdem Sie hier waren." Er sagte das mit einem harten Lächeln und schrieb weiter.

„Ich bitte Sie zu bemerken, daß ich freiwillig hierher gekommen bin, veranlaßt durch diese schriftliche Bitte eines Landsmannes, der vor Ihnen liegt. Ich verlange weiter nichts als Gelegenheit, ihm ohne Aufschub zu Hilfe zu kommen. Ist das nicht mein Recht?"

„Emigranten haben keine Rechte, Evrémonde," lautete die gleichgültige Antwort. Der Offizier schrieb bis er fertig war, überlas noch einmal was er geschrieben, streute Sand darauf, und übergab den Zettel Defarge mit den Worten: „zu geheimer Haft."

Defarge winkte dem Gefangenen mit dem Papier, ihm zu folgen. Der Gefangene gehorchte und eine Wache von zwei Patrioten begleitete ihn.

„Sind Sie es," fragte Defarge mit gedämpfter Stimme, als sie die Stufen vor der Wache herab und nach der Stadt hineingingen, „der die Tochter Doktor Manettes, ehemaligen Gefangenen in der Bastille, die nicht mehr ist, geheiratet hat?"

„Ja," gab Darnay mit überraschtem Blick zur Antwort.

„Ich heiße Defarge und besitze einen Weinschank im Quartier Saint Antoine. Vielleicht haben Sie von mir gehört."

„Meine Frau kam in Ihr Haus, um ihren Vater abzuholen. Ja!"

Das Wort Frau schien in Defarge eine düstere Erinnerung zu wecken, und er fuhr mit plötzlicher Ungeduld auf: „Im Namen des scharfen Frauenzimmers, das eben geboren und La Guillotine getauft worden ist, warum kommen Sie nach Frankreich?"

„Sie haben eben gehört warum. Glauben Sie nicht, daß es wahr ist?"

„Schlimm genug für Sie, wenn es wahr ist," sagte Defarge, der während er sprach die Stirn runzelte und gerade vor sich hinsah.

„Ich sehe wohl, ich bin hier verloren. Alles ist hier so völlig anders geworden und geschieht so plötzlich und in so unbilliger Weise, daß ich unbedingt verloren bin. Wollen Sie mir eine kleine Hilfe leisten?"

„Nein." Defarge sprach immer noch, während er gerade vor sich hinsah.

„Wollen Sie mir eine einzige Frage beantworten?"

„Vielleicht. Je nachdem sie ist. Fragen Sie nur."

„Werde ich in dem Gefängnis, in welches man mich so ungerechterweise wirft, noch einigen freien Verkehr mit der Außenwelt haben?"

„Das werden Sie sehen."

„Soll ich darin, im voraus verurteilt, und jedes Rechts für meiner Verteidigung beraubt, begraben liegen?"

„Das werden Sie sehen. Aber was liegt daran? Andere Leute haben in ähnlicher Weise in früheren Zeiten in schlimmeren Gefängnissen gelegen."

„Aber nicht durch meine Schuld, Bürger Defarge."

Defarge sah ihn bloß finster an, und ging in hartnäckigem Schweigen neben ihm her. Je tiefer er in dieses Schweigen versank, desto schwächer wurde die Hoffnung — so dachte Darnay wenigstens — daß er sich erweichen lassen würde. Er beeilte sich daher fortzufahren.

„Es ist für mich von der größten Wichtigkeit (Sie wissen, Bürger, sicher besser als ich, von welcher Wichtigkeit), daß ich Gelegenheit bekomme, Mr. Lorry von Tellsons Bank, einem Herrn aus England, der gegenwärtig in Paris ist, die einfache Tatsache ohne weitere Bemerkung mitzuteilen, daß ich im Gefängnis La Force sitze. Wollen Sie das für mich tun?"

„Ich will nichts für Sie tun," gab Defarge mit mürrischem Trotz zur Antwort. „Meine Pflicht gehört dem Vaterland und dem Volke. Ich bin der geschworene Diener beider, gegen Sie. Ich mag nichts für Sie tun."

Charles Darnay fühlte, wie nutzlos es war, weiter in ihn zu dringen, und außerdem war sein Stolz verletzt. Wie sie schweigend nebeneinander herschritten, konnte er nicht umhin, zu bemerken, wie sehr das Volk daran gewöhnt war, Gefangene durch die Straßen führen zu sehen. Selbst die Kinder beachteten ihn kaum. Ein paar Vorübergehende sahen sich um und einige drohten ihm mit der Faust als einem Aristokraten; im übrigen war es nicht merkwürdiger, einen gut gekleideten Mann ins Gefängnis führen, als einen Arbeiter in seiner Arbeitsjacke auf Arbeit gehen zu sehen. In einer engen, dunklen und schmutzigen Straße, durch welche sie kamen, sprach ein aufgeregter Redner von einem Stuhl zu einer aufgeregten Zuhörerschaft von den Verbrechen des Königs und der königlichen Familie gegen das Volk. Aus ein paar Worten, die er von den Lippen dieses Mannes im Vorübergehen erhaschte, erkannte Charles Darnay zurück, daß der König eingekerkert ist, und die fremden Gesandten sämtlich Paris verlassen hätten. Auf der Reise (außer in Beauvais) hatte er durchläuftlich gar nichts erfahren. Die Eskorte und die allgemeine Wachsamkeit hatten ihn vollkommen isoliert.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191811 04-14/fragment/page=0003

Walhalla-Operetten-Theater.

Täglich 7½ Uhr: 2585

Schwarzwaldmädel.

Kasse von 10—1½ und 4—6 Uhr

P.T

Schmeerstrasse 5.
Erstaufführung:
Cari de Vogt
in 2584
Die Kassenrevision.
Großes Kriminaldrama in 5 Akt.
Das Adoptivkind . . .
Reizendes Lustspiel, 2 Akte,
und das glänzende Beiprogramm.
Anfang 4 Uhr.

Achtung! Achtung!

Konzerthaus Oberpollinger.

Ecke Gr. Ulrichstr. Jägergasse 1. Ecke Gr. Ulrichstr.

Täglich: **Künstler-Konzert**

Wochentags Eintritt frei! 2155

Es ladet ergebenst ein Frau **Elsa Beth.**

Zentralverband der Zimmerer

Zahlstelle Merseburg u. Umg.

Donnerstag den 7. November, abends 7½ Uhr, im „Tivoli", Bahnhofstraße 5

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die Arbeiterversicherung wie sie ist und wie sie sein sollte.
   Referent: Arbeitersekretär **Kloels**-Halle.
2. Bericht über die statistische Aufnahme im Zahlstellengebiet.
3. Beschlußfassung über den Lokalwochenbeitrag für das Winterquartal.
4. Sonstige Verbands-Angelegenheiten.

Kameraden! Hinsichtlich des wichtigen Vortrages und der anderen Punkte ist es Pflicht der Mitglieder, **vollzählig und pünktlich** zu erscheinen.
*1547 **Die Verbandsleitung.**

Von Mittwoch, mittags 1 Uhr, ab steht ein großer Transport extra grosse **Futterschweine** sowie grosse Ferkel und Läuferschweine billig zum Verkauf. **Gebr. Kohlberg, Halle a. d. S.**
Telephon 6842. Rannischstr. 19.
2579 **Gasthof zur Goldenen Rose.**

Gelegenheitskauf
in 2517
Frühstückstaschen u. Schülermappen.
Max Sobel,
Steinweg 45,
Reilstrasse 1.
Ammendorf:
Bahnhofstraße 3.

Kautabak Tabl.
hergest. aus Tabak.
100 Rollen inkl. Verpackung
*1417 Mk. **51.25.**
Tabakhandlung **Max Peters, Husum** (Schleswig).

Partei-Schriften
empfiehlt
Volks-Buchhandlung.

Alte Promenade 11a — **U.T** — Leipzigerstraße 88
Fernruf 5738. — Fernruf 1224. 256

Alleiniges Aufführungsrecht.
Der Kolossalfilm mit
Bernd Aldor
Der Weltspiegel.
Drama von Lupu Pick.
6 Akte voll sich stets steigernder Spannung.
Ein gigantisches, elementares Kunstwerk.
Vorführung: 4.20, 6.30, 8.50.
Das ernst und gewissenhaft geschaffene Werk gehört mit zu den **Großtaten** der neuzeitlichen Kinokunst.
Der Film wird überall den größten Beifall finden.
Sensationeller Erfolg in Berlin, Leipzig und Dresden.

Anna, d. Stolz des Hauses.
Ein Lustspiel voller Lebendigkeit und Humor in 5 Akten.
Hauptrolle: **Anna Müller-Linke.**

Stuart Webbs
23. Abenteuer
„Der Teufelswalzer"
in 4 Akten.
Unerreicht in Spannung und verblüffender Effekte.
Vorführung: 4.50, 7.00, 9.20.

Viggo Larsen
in dem reizenden Lustspiel
„Die blaue Mauritius"
in 8 Akten.
Vorführung: 4.00, 6.10, 8.50.

Die neuesten Kriegsberichte

Beginn 4 Uhr.

Eine Ueberraschung
bietet jedem
TABAK
Raucher **M. Guttmanns „Goldrose"!**

Langjährige praktische Erfahrungen in der Rauchtabakfabrikation, gepaart mit dem eingehenden Studium der Ersatzstoffe, unermüdliche, **ständige** Verbesserungen haben es zu Wege gebracht, ein Erzeugnis herzustellen, das echtem Tabak in bezug auf Aussehen, Geruch, Geschmack und Packung fast durch nichts mehr nachsteht. Besonders die längere Einwirkung eines starken **Tabaksaftes** macht meine „Goldrose" bekömmlich und mild und löst das von verwöhnten Pfeifenrauchern erwünschte Wohlbehagen aus. Meine „Goldrose" gilt jetzt mit gutem Recht als beste und vollkommenste tabakähnliche Ware und ist das Hervorragendste, was bisher auf diesem Gebiete geleistet wurde. Preis: **50 Gramm 70 Pfg.** Gegen Vorzeigung dieser Anzeige in den einschlägigen Geschäften erhältlich. Wiederverkäufer wollen Angebot verlangen. *1548

M. Guttmann,
Berlin O 27, Alexanderstrasse 22.

Wir verwandeln

sauber gewaschene, gestärkte **Herrenwäsche** nach neuem Verfahren in fast abwaschbare
Dauer-Wäsche
überaschend an Aussehen und Haltbarkeit. 2576
Kl. Berlin 2, 1 Tr. rechts, Ecke Steinstr.

Verlangen Sie überall 2295 das gute **Scheffelbrot.**

Verschied. moderne **Damenhüte** billig a. verk. 2582 **Pfännerhöhe 30, 1. r.**

Ansichts-Postkarten empfiehlt **Die Volksbuchhandlung.**

Apollo-Theater

Gastspiel Kurt Olfers Gesellschaft.
Täglich, abends ½8 Uhr, in neuer Einstudierung:
Die lustige Witwe
Operette in 3 Akten von V. Léon und L. Stein.
Musik von **Franz Lehár.**
Mittwoch, 6. Novbr., nachmittags ½4 Uhr: **Märchen-Vorstellung.**
Zum letzten Male:
Der verwunschene Prinz.
Märchen in 3 Akten von J. von Plötz.
Kleine Preise! Kinder auf allen Plätzen die Hälfte!
Loge und 1. Rang numeriert. 2583
Tagesvorverkauf 9—1 u. 5—½7 im Bureau.
Zeichnet Kriegsanleihe im Apollo-Theater.
Zeichnungen werd. im Bureau während d. Vorverkaufsstunden angenommen. Jeder Zeichner erhält 1 Freikarte.

Stuhlsitze 2318
aus Holz, in all. Größen.
Max Sobel,
Steinweg 45. Reilstraße 1.
Ammendorf: Bahnhofstr. 6.

Woher kommt das Geld zum Kriege?
Von Julian Borchardt
Preis 60 Pf. (Porto 5 Pf.)
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle, Harz 42-44.

Stadttheater
Dienstag, d. 5. Novbr. 0,4
Anf. 7½ Uhr, Ende 10½ Uhr.
Die Rose von Stambul.
Operette von Leo Fall.
Mittwoch: **Fidelio.** 2578

Schulbücher aller Art.
Tafeln, Schiefer, Federkästen, Blei-, Zeichenblocks, Zeichenständer, Tornister rc.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle a. S., Harz 42 44.

Arbeitsmarkt

Kräftige Arbeiter
gesucht.
Haring & Strache, Holzhandlung,
Dessauerstraße 51. *1553

Erfahrene
Eisendreher, Eisenhobler u. Masch.-Schloss.
für dringenden Heeresbedarf stellen ein 2154
Lange & Gellen,
Maschinenfabrik, Rollnerstr. 43.

Kräftiges
Laufmädchen
*1551 gesucht.
Fr. Baumgartel, Gr. Steinstraße 17.

Geschirrführer
*1552 stellt sofort ein
Friedrich Jesau
Dessauerstraße 50.

Händlerinnen, *1550
hier oder auswärts, welche ein wirklich gutes Schmier-Waschmittel (Bohrpaste mit Mandelgeruch) verk. wollen, gesucht. Angeb. u. **R. 3529** a. Haasenst. & Vogler, Halle

---

300 Mk. Verdienst
monatlich durch Vertrieb eines Millionenartikels an Geschäfts- und Privatreisende, auch Kriegsinvaliden sowie Damen erhalten gegen Rückporto Auskunft. *1505
Heinr. Weber,
Rössen bei Merseburg.

Parteilokal
zu kaufen gesucht. Offerten unter **V. H. 429** an die Expedition dieses Blattes erbeten. *1506

Eine rotledernde
Aktenmappe
(Inhalt Kritiken) in Linie 4 liegen gelassen oder Ulrichstraße **verloren.** Gegen gute Belohnung erbitte selbige zurück. Abzugeben bei 2575
Felicitas Ohaus,
Kochvorrat,
Saalschloss-Brauerei.

Dank. *2587
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Dahinscheiden meiner unvergeßlichen und lieben Frau, Mutter, Tochter und Schwester,
Frau
Elsa Frosch,
geb. **Hennig,**
sagen wir allen lieben Verwandten u. Bekannten, sowie allen denen, die ihren Sarg so reich mit Blumen schmückten, herzlichen Dank! Dank auch Herrn Pastor Hildebrandt für seine trostreich. Worte am Grabe.
Halle d. 4. Novbr. 1918.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Preiswertes Angebot

Mäntel für Damen und Backfische, aus guten Stoffen, in mod. Machart
176⁷⁵ 125⁻ 105⁻ 99²⁵ 94⁻

Kostüme für Damen u. junge Frauen, in verschiedenen Farben
195⁻ 190⁻ 1[illegible]⁷⁵ 152⁻ 175⁻

Röcke aus guten [illegible]n, moderner Schnitt
67⁻ 64⁵⁰ 54⁵⁰ 52⁵⁰ 45⁻

Blusen in Wolle und Seide, letzte Neuheiten
68⁷⁵ 65⁻ 59⁷⁵ 54⁷⁵ 39⁷⁵

Pelz-Kragen in Skunks, Kanin, mod. Passformen
135⁻ 120⁻ 100⁻ 75⁻ 50⁻ 36⁻

Pelz-Kragen prima Qualitäten, extra gute Felle
195⁻ 183⁻ 178⁻ 165⁻ 145⁻

Pelz-Garnituren für Dam. u. Backfische
175⁻ 150⁻ 135⁻ 115⁻ 95⁻

Kinder-Garnituren in Plüsch, Astrachan und imit. Hermeline
45⁵⁰ 37⁵⁰ 25⁵⁰ 19⁷⁵ 13⁵⁰ 8⁵⁰

Alex Michel.
2588

Am 1. November verschied nach langer schwerer Krankheit unser **Platzmeister**

Herr Johannes Wirth.

Derselbe ist seit mehr als 40 Jahren in treuester Pflichterfüllung bei uns tätig gewesen. *1549
Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.
Hallesches Kohlenwerk,
Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Nach langem schweren Leiden entschlief sanft mein lieber Mann, unser guter Vater, Groß- und Schwiegervater, der Arbeiter

Hermann Börner

im 58. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen:
Witwe Henriette Börner und Kinder.
Halle, Große Brunnenstraße 54, 2580
den 4. November 1918.
Die Beerdigung findet Dienstag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Gertraudenfriedhof statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181104-14/fragment/page=0004

Endlich: Milderung des Belagerungszustandes.

Erweiterte Preß- und Versammlungsfreiheit.

Seit dem 3. Oktober 1918 haben wir in Deutschland eine sogenannte „Volks"regierung. Sie ist eine Zwangsgeburt, entstand aus den furchtbaren Bedrängnissen der Zeit. Sie soll das deutsche Volk aus dem Verderben herausführen, in das es die Gewaltpaber des alten preußisch-deutschen Militär- und Obrigkeitsstaates freventlich gestürzt haben. Sie soll aber nicht nur für Deutschland den Frieden finden, sie es auch im Innern demokratisieren und erneuern. Nach dieser Richtung hin ist bis jetzt nur das Allernotwendigste und das nur äußerst langsam, bedächtigt und zaghaft geschehen. Das zeigte sich vor allem darin, daß auch die neue Regierung die Zensur und den Belagerungszustand grundsätzlich weiterbestehen ließ. Und die kaum nennenswerten Erleichterungen, die die neue Regierung schuf, wurden von den ausführenden unteren Verwaltungsbehörden auch meist noch unbeachtet gelassen. Sie wurstelten ganz einfach nach dem alten System weiter. Obgleich der neue Reichskanzler feierlichst erklärt hatte, daß sich die Zensur nur noch auf rein militärische Fragen beschränken sollte, kehrte man sich nicht im geringsten daran, sondern unterdrückte der Presse nach wie vor die Besprechung hochwichtiger politischer Fragen wie die der „Kaiserfrage". Eine ganze Anzahl namentlich süddeutscher, darunter auch bürgerliche, Blätter hatten schon längst rückhaltlos und freimütig den Rücktritt Wilhelms II. als eine Friedensnotwendigkeit gefordert, da war es der Presse in Norddeutschland noch immer verboten, über diesen dringlichen Punkt frei und offen ihre Meinung zu sagen. Geringfügige Verstöße gegen Zensurbestimmungen wurden immer noch mit Verboten der Zeitungen bestraft. Der Abhaltung von öffentlichen Volksversammlungen wurden weiter die größten Hindernisse und Schwierigkeiten bereitet. Vielfach wurde die Genehmigung versagt. Von den Versammlungsrednern wurde weiter Vorlegung des ganzen oder teilweisen Redemanuskripts verlangt. Für Redner, ja sogar für Reichstagsabgeordnete der unabhängigen Sozialdemokratie bestand das Redeverbot ruhig fort. Versammlungen verfielen ohne ersichtlichen Grund, rein nach Willkür der unteren Polizeiorgane, weiter der Auflösung. Wertvolle, rein wissenschaftliche Aufklärungsschriften, wie Kautskys Schrift: Sozialdemokratische Bemerkungen zur Uebergangswirtschaft, durften nicht erscheinen, oder es wurde, wie über das Mehringsche Buch über Karl Marx, das Ausfuhrverbot über sie verhängt. Just zur Zeit ist noch der Stuttgarter (unabhängige) Sozialdemokrat vom dortigen Generalkommando auf die Dauer von zwei Wochen verboten, und über unser Bruderblatt in Leipzig, den Volksboten, ist vom Stellvertr. Generalkommando in Magdeburg am vorigen Freitag erst wieder ein fünftägiges Verbot verhängt worden!

Das geschah und geschieht alles unter den Augen und unter Wissen der sogenannten „Volks"regierung und trotzdem, das man weiß, welch ungeheure Schuld die Zensur an dem über das deutsche Volk hereingebrochenen unermeßlichen Unglück trägt. Unter dem Zwange der Zensur sind dem deutschen Volke in den 50 Kriegsmonaten wichtige Tatsachen unterschlagen worden. Eine allgeil gehorsame und knechtische Presse, darunter an erster Stelle die sogenannte Generalanzeigerpresse, hat dem deutschen Volke bewußt oder unbewußt die Dinge in einem ganz falschen Lichte dargestellt und es in eine Stimmung hineingelullt, aus der es nun erst durch die tatsächlichen erschreckenden Ereignisse so fürchterlich wachgerüttelt werden mußte!

Was sich die Zensur an verderblicher Stimmungsmacherei im einzelnen Unglaubliches geleistet hat, das ist ein Kapitel, über das später noch einmal ausführlich zu reden sein wird. Heute sei nur immer wieder die höchst bezeichnende Tatsache hervorgehoben, daß die sogenannte „Volks"regierung diese verderblichen Zustände nicht sofort mit raschem und kühnem Griff beseitigte, sondern bis zur Stunde mehr oder weniger noch geduldet hat. Das kennzeichnet ihren eigentlichen und wahren Wert ganz außerordentlich. Erst mußten sich die Dinge bis zur Unerträglichkeit zuspitzen, bevor man sich zu einem energischeren Eingreifen entschloß. Bisher hatte man weiter nichts getan, als die Oberzensurstelle dem Staatssekretär Gröber und das Kriegspressecamt dem Staatssekretär Erzberger unterstellt.

Aber selbst ein so zahmes und regierungstreues Blatt wie der Vorwärts muß zugestehen, daß noch die alten Vorschriften fortbestanden, „und die einzelnen Militärbefehlshaber trotz der neuen Zeit ganz nach dem alten Schema weiterarbeiteten. Sie verboten Friedensversammlungen, lösten politische Zusammenkünfte auf, verboten Zeitungen und beschlagnahmten die harmlosesten Broschüren. Gerade in den letzten Tagen schien eine geheime Verabredung zu bestehen, daß die Zensur noch einmal zeigen wollte, wie viele Dummheiten sie zu machen imstande ist."

Nunmehr hat endlich das Kriegskabinett die schon längst notwendigen Schritte unternommen. In Zukunft werden alle öffentlichen und nichtöffentlichen politischen Versammlungen genehmigt, nur die Anmeldepflicht ist geblieben.

Die Zensur ist zu beschränken auf das engste Gebiet der taktischen Operationen, der strategischen Pläne und der Herstellung des Kriegsgeräts. Die neuen Anordnungen sollen sofort den Provinzstellen zugehen.

Beamte, die sich in den Geist der neuen Verordnung nicht finden wollen, werden, wie Staatssekretär Trimborn im Reichstag mit Nachdruck erklärte, ihre Verabschiedung zu gewärtigen haben.

Das ist immerhin wenigstens etwas, wenn es auch gleichwohl im Vergleich z. B. zu der Preß- und Versammlungsfreiheit in der Schweiz immer noch eine Halbheit bleibt. Nun wird aber immer noch erst abzuwarten sein, ob die „Volks"regierung ihren Beschlüssen den ausführenden Militär- und Polizeibehörden tatsächlich auch den nötigen Nachdruck zu verschaffen weiß und, wenn nötig kräftig zufassen wird. Nach ihren bisherigen Taten wird man sich hier großen Erwartungen nicht hingeben dürfen!

•

Soeben kommt uns die amtliche Veröffentlichung der neuen Bestimmungen über die Erweiterung der Versammlungsfreiheit und die Einschränkungen der Zensur zu Gesicht. Wir geben sie weiter unten wieder. Bei näherer Betrachtung der einzelnen Bestimmungen haben wir von unserem oben abgegebenen Urteil nicht nur nichts zurückzunehmen, es erweist sich als noch zu milde. Man ist in der Tat wieder in Halbheiten stecken geblieben, und der Willkür und Auslegekunst der ausführenden unteren Organe ist ein sehr weiter Spielraum gelassen worden. Wer bestimmt z. B., ob sich „Aussprachen" „in den Grenzen des angemeldeten Gegenstandes halten"? Der die Versammlung überwachende Polizeibeamte? Ob eine Aussprache stattfinden kann oder nicht, das hängt also in sehr weitgehendem Maße von dessen persönlicher Auffassung ab. Ebenso ist es mit dem Punkt 3, der von der Versammlungsauflösung handelt. Bestimmen nicht auch hier ausschließlich die übereifrigen Polizeiorgane, was „Ruhestörungen" und „Gewalttätigkeiten" sind? Am anschaulichsten ist aber das Redeverbot für Personen, „die wiederholt Anlaß zur Auflösung von Versammlungen . . . gegeben haben". Hier ist keinerlei Gewähr gegeben, daß mit dieser Bestimmung auch fernerhin nicht politisch „mißliebige" Redner getroffen werden, oder sie sich nicht in erster Linie gegen sie richtet.

Alle diese angeblichen „Milderungen" sind dehnbar wie Kautschuk und können in der Praxis zu allen möglichen Auslegungen mißbraucht werden. Aber Klarheit und Eindeutigkeit hat ja das preußisch-deutsche Versammlungsrecht nie ausgezeichnet, und auch die „Volks"regierung handelt hier in „alten bewährten" Bahnen.

Den veränderten Anordnungen über die Ausübung der Zensur mangelt es gleichfalls an der nötigen Klarheit. Was ist da z. B. „das Interesse der Kriegführung, des Friedensschlusses oder der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit". Darüber war bisher die Zensur zuweilen ganz anderer Meinung als vielfach die ihr unterstellenden Zeitungen. Auch die neuen Bestimmungen werden in der Praxis an diesem Zustand nur wenig ändern. Sie müßten viel klarer umschrieben werden. Weiter bleibt das Recht zur Verhängung der Vorzensur über die Zeitungen bestehen; die notwendige Einwilligung des Obermilitärbefehlshabers dürfte in konkreten Fällen nicht schwer zu erreichen sein.

Wie man die Neuerungen und angeblichen Milderungen also auch immer ansehen mag: es bleiben Unzulänglichkeiten, Unklarheiten, die leicht zu Mißbrauch führen können. Sie tragen noch merkbar das Kennzeichen des alten Obrigkeitsstaates, der seine Hauptaufgabe in der Bevormundung des Volkes erblickte. Mit schönen Worten hat der Prinz-Reichskanzler erklärt, daß das Volk „mündig" geworden sei, in den Taten jedoch kann man sich noch immer nicht zu der vollen Anerkennung der Mündigkeit des Volkes verstehen. Und versichert dann die „Volks"regierung auch noch kühn: daß „dem deutschen Volke in weitherzigster Weise das Recht zur freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift" gegeben wurde! Dieses Recht denken wir uns denn doch noch ein wenig anders!

•

Die neuen Richtlinien.

Berlin, 2. November. (W. T. B.) Der Obermilitärbefehlshaber hat den stellvertretenden Generalkommandos, Gouvernements und Kommandanturen nachstehenden Erlaß zugehen lassen:

Dem Grundgedanken der Neuordnung unseres Staatswesens entspricht es, wenn dem deutschen Volke in weitherzigster Weise das Recht zur freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift gegeben wird. Ungehindert soll es seine Wünsche und Klagen zum Ausdruck bringen können. Beschränkungen sollen ohne Rücksicht auf die Parteien nur nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen eintreten:

1. Versammlungen:

1. Alle öffentlichen und nichtöffentlichen Versammlungen sind zu gestatten. Ein Verbot darf nur eintreten, wenn ihr Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft, oder wenn es das Interesse der Kriegführung, des Friedensschlusses oder der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit erforderlich macht.

2. Alle Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, sind gewerbe-polizeilich, und zwar Einzelfälle mindestens 48 Stunden vor Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes, der Zeit, des Versammlungsgegenstandes und der vorgesehenen Redner bei der Polizeibehörde schriftlich anzuzeigen.

Aussprachen im Anschluß an die Ausführungen der vorgesehenen Redner sind zugelassen, sofern sie sich in den Grenzen des angemeldeten Gegenstandes halten.

Gewerkschaftsversammlungen sind von der Anmeldepflicht befreit, sofern sie sich im Rahmen der Bestimmung des Gesetzes vom 26. Juni 1916 bewegen.

3. Alle Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, können überwacht werden. Sie sind aufzulösen, wenn zur Uebertretung der bestehenden Gesetze aufgefordert wird, oder wenn es zu Ausschreitungen oder Gewalttätigkeiten kommt. Im übrigen bleiben die Bestimmungen des § 14 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. 4. 08 maßgebend.

4. Personen, die wiederholt Anlaß zur Auflösung von Versammlungen aus Gründen der Ziffer 3 gegeben haben, können durch Entscheidung des Obermilitärbefehlshabers vom Auftreten als Redner in Versammlungen ausgeschlossen werden. Im Falle des Zuwiderhandelns ist die Versammlung aufzulösen.

5. Von den vorstehenden Richtlinien darf nur abgewichen werden, wenn es sich um eine mildere Handhabung des Versammlungsrechts handelt. Aus außergewöhnlichen Verhältnissen sich ergebenden außergewöhnlichen Maßnahmen dürfen nur unter sofortiger Benachrichtigung des Obermilitärbefehlshabers ergriffen werden.

6. Alle bisherigen Richtlinien und Anordnungen auf dem Gebiete des Versammlungsrechts, die zu Vorstehendem im Widerspruch stehen, werden hiermit aufgehoben.

2. Zensur:

1. Zensurmaßnahmen gegenüber Zeitungen und sonstigen Druckschriften dürfen nur erfolgen, wenn es das Interesse der Kriegführung, des Friedensschlusses, oder der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit unbedingt erfordert.

Soweit Maßnahmen der Kriegführung in Betracht kommen, ist die Zensur des redaktionellen Teiles von Zeitungen und sonstigen Druckschriften lediglich im Sinne der Bekanntmachung des Reichskanzlers betreffend das Verbot von Veröffentlichungen über Truppen- oder Schiffsbewegungen und Verkehrsmittel vom 6. 2. 18 (Reichsanzeiger vom 8. 2. 18) auszuüben.

2. Die Vorprüfung für alle Nachrichten und Aufsätze militärischen Inhalts bleibt bestehen. Streng muß darauf geachtet werden, daß nur wegen Verletzung von Interessen der Kriegführung eingegriffen wird, und daß die Vorlage von Veröffentlichungen, die neben militärischen auch politische Fragen behandeln, nicht Veranlassung gibt, Streichungen auch in den lediglich politischen Teilen vorzunehmen.

3. Die Verhängung der Vorzensur über Zeitungen usw. darf in Zukunft nur noch mit Einwilligung des Obermilitärbefehlshabers erfolgen.

4. In Kraft bleiben vorläufig:

5. Alle anderen bisherigen Zensurbestimmungen treten außer Kraft.

ges. Scheüch, Generalleutnant.

Ueber die Grippe.

Von Prof. Dr. His.

Der Berliner Mediziner Geheimrat Prof. Dr. His veröffentlicht im Berliner Lokalanz. interessante und im gegenwärtigen Augenblick auch praktisch bedeutsame Ausführungen, die wir im folgenden wiedergeben:

Seit 1602 ist sie bekannt, diese „neue und ansteckende Krankheit", wie sie der treffliche Lüneburger Arzt Tobias Dornkreut damals bezeichnete; seitdem hat sie alle paar Jahrzehnte einen größeren oder kleineren Teil der bewohnten Erde überzogen, und jedesmal erschien sie dem kurzlebigen Geschlecht als etwas Neues, bis dann die Aelteren des alten Bekannten sich erinnerten. Freilich erscheint sie nicht immer in gleichem Gewande; wie bei anderen Seuchen bleibt wohl die Grundkrankheit immer dieselbe, aber die Begleiterscheinungen und die Gefährlichkeit sind unglaublich. So zeigt auch die Grippe, so wie sie heute herrscht, vielfach altvertraute Züge von der, die im Juni auftrat; damals waren eitrige Brustfellentzündungen auffallend häufig, jetzt wiegen Lungenentzündungen vor und verlaufen zuweilen so schnell und schwer, daß man in Laienkreisen von „Lungenpest" spricht. Bei der Epidemie von 1889 bis 1890, die von Rußland ausging und etwa um Weihnachten bei uns ihre Höhe erreichte, waren Leute mittleren und reiferen Alters besonders gefährdet; in diesem Jahre sind es kräftige Personen jugendlichen Alters und meist männlichen Geschlechts. Das sind Erscheinungen, die wir verzeichnen, ohne sie bisher erklären zu können. Die Wissenschaft von den ansteckenden Krankheiten ist eben, trotz ihrer großen Fortschritte, am Anfang und hat noch viele Aufgaben zu lösen. Sie kann noch nicht einmal den Erreger der Grippe mit voller Sicherheit nennen; vielleicht ist es der von Pfeiffer 1891 gefundene, sehr zarte und kleine Bazillus, vielleicht ist dieser auch nur ein Begleiter. Denn so viel steht fest, daß die Grippe den Widerstand des Körpers gegen das Eindringen anderer schädlicher Bazillen herabsetzt und ihn zum Tummelplatz eiererregender oder Lungenentzündung bedrohender Bakterien macht. Was man über die Entstehung und Verbreitung der Krankheit sicher weiß, ist folgendes: Sie wird von Mensch zu Mensch, und nur auf diesem Wege, übertragen, und zwar durch Tröpfcheninfektion, d. h. durch die feinen Flüssigkeitströpfchen, die beim Sprechen, besonders beim Niesen, Husten und Räuspern abgegeben werden, und die sich wegen ihrer fast unsichtbaren Kleinheit in der Luft ziemlich weit verbreiten. Es genügt also, mit einem Keimträger im selben Raume zu verweilen, um der Ansteckung ausgesetzt zu sein. Je inniger die Gemeinschaft, je enger der Raum, dessen Luft gemeinsam geatmet wird, um so größer die Ansteckungsgefahr. Aber auch im Freien ist sie nicht aufgehoben. Die Empfänglichkeit für die Ansteckung ist weit verbreitet, jedoch nicht allgemein, sonst müßten die Aerzte doch ausnahmslos erkranken; ich kenne aber solche, die 1889 bis 1890 und in den beiden Epidemien dieses Jahres nicht erkrankt sind. Es hat auch nicht den Anschein, als ob das übrige körperliche Befinden darauf einen merklichen Einfluß hätte; ganz schwächliche Leute entgehen zuweilen der Ansteckung oder überstehen die Krankheit fast unmerklich. Ferner ist die Ansteckungskraft der einzelnen Kranken recht verschieden. Manchmal genügt ein Kranker, um die ganze Umgebung anzustecken; ein anderer liegt zwischen Nachbarn, ohne sie zu gefährden. An der Verbreitung sind nicht nur die eigentlich und offensichtlich Kranken beteiligt; schon vor dem Ausbruch des Fiebers sind die Erreger vorhanden, bei manchem vielleicht auch weit in die Genesung hinein, und zweifellos gibt es bei dieser Krankheit wie bei Cholera, Typhus, Diphtherieeinbruch usw. Bazillenträger, d. h. Menschen, die Erreger beherbergen, ohne selbst krank zu sein. Zuweilen einer Epidemie ist also der Krankheitsstoff außerordentlich weit verbreitet, und es ist schwer, sich ihm vollkommen zu entziehen. Eigentlich ist es nur möglich, wenn man sich vom menschlichen Verkehr völlig abschließt. Im Winter 1889 blieb der Grimselwirt mit seinen Knechten verschont, bis ein Knecht ins Tal ging, um Brot zu holen; dieser schleppte die Krankheit ein, die nun alle befiel. Aehnliches erlebte man bei Seeschiffen. So völlige Isolierung ist nun unmöglich durchführbar, am wenigsten in einer Großstadt. Daraus geht schon hervor, daß es keinen absoluten Schutz gibt. Immerhin wird man gut tun, größere Menschenansammlungen in geschlossenem Raum zu meiden. Es ist angeregt worden, Theater, Kinovorstellungen u. dgl. behördlich zu schließen. Dabei würde aber der Schaden vermutlich größer sein als der Nutzen, denn bei den notwendigen Wegen, den Fahrten in Bahnen und Bahn ist man in der Gefahr doch ausgesetzt; jeder Tote, der das Haus betritt, kann die Krankheit einschleppen. Ein anderes ist es, ob die Schulen geschlossen werden sollen, wenn ein gewisser Anteil der Schüler erkrankt ist. Das ist durchaus zu billigen. Treten in einer Klasse nur wenige Erkrankungen auf, so war eben, noch dem, was wir oben gesagt hatten, der Ansteckungsstoff wenig wirksam; gehäufte Krankheitsfälle erweisen dessen Gefährlichkeit und fordern Schutzmaßnahmen. Die Schulen im ganzen zu schließen, hat, falls es nicht wegen Lehrermangel geboten ist, wenig Zweck, da die Kinder ja auf Spielplätzen und im Hause der Ansteckung doch ausgesetzt sind.

Gern würde ich nun anführen, wie es der Wissenschaft gelungen sei, einen untrüglichen Schutz gegen die tückische Krankheit zu finden. Leider kann ich diese Hoffnung nicht erfüllen. Alles, was geschehen kann, hat nur beschränkten Wert. Den Umgang mit Kranken meiden, sich von Menschengedränge fernhalten, sich nicht anhusten lassen, Taschentuchhygiene treiben; das sind Forderungen, die leichter aufzustellen als zu befolgen sind, die aber dem, der sie befolgen kann, anempfohlen sein sollen. Regelmäßige Behandlung des Mundes mit desinfizierenden Mitteln, Menthol, Wasserstoffsuperoxyd, Formaldehyd und ähnlichen Verwandten mag vielleicht einigen Schutz gewähren, den man aber nicht zu hoch einschätzen soll; hält doch ihre Wirkung allzu kurz an und gehen die staubfreien Keime mit der Atemluft tiefer, als Gurgeln und Inhalieren reichen.

Die Zeitungen brachten dieser Tage Nachrichten, es seien Schutzseren ausgearbeitet worden, deren Erfolge sehr hoffnungserweckend seien. Solchen Mitteilungen muß man mit großer Vorsicht gegenüberstehen. Wie es scheint, sind die Seren gar nicht gegen den eigentlichen Erreger, sondern gegen die Begleitinfektionen gerichtet, und selbst, wenn sie sich auf die Dauer bewähren sollten, ist die Zeit viel zu kurz, um heute schon ein abschließendes Urteil zu ermöglichen. Nichts ist schwieriger, als die Beurteilung eines Heilerfolges bei ansteckenden Krankheiten.

Bisher wir uns also bezüglich der Schutzmaßnahmen leider noch bescheiden, so muß andererseits gesagt werden, daß die Bevölkerung in der Bevölkerung stellenweise über das nötige Maß weit hinausgeht. So bedauerlich schwere Schädigungen und so schmerzlich die Todesfälle sind, so darf doch gesagt werden, daß sie zum Glück nur einen sehr kleinen Teil der Kranken treffen; die große Mehrzahl genest nach wenigen Tagen ohne dauernden Schaden. Den Kranken freilich sei ans Herz gelegt, sich auskurieren und nicht vor völliger Genesung zur Arbeit aufzugeben; die Grippe neigt zu Rückfällen und zu langdauernder Schwäche, falls sie nicht zu Ende behandelt wird.

Wahrscheinlich wird die Epidemie ihren Höhepunkt bald überschritten haben. Alle bisherigen Grippezüge begannen mild, steigerten im Laufe einiger Wochen ihre Gefährlichkeit, um sie nach einigen Wochen ebenso unerklärlich zu verlieren.

Vorsicht und Umsicht, das ist es, was der Arzt raten kann. Den Aengstlichen sei zur Warnung gesagt: Wer die Krankheit am meisten fürchtet, bekommt sie am ehesten; das ist eine alte Erfahrung, die jetzt bei den Kriegsseuchen immer wieder bestätigt wurde. Auch diesem Feinde gegenüber heißt es: die Nerven bewahren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181104-14/fragment/page=0005

Politische Uebersicht.

Im neuen Deutschland!

Aus Duisburg wird der L. V. berichtet: Im Laufe der vergangenen Woche wurden eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen. Der Genosse Rogg, Genosse und Genossin Kemper, ferner die Genossinnen Geiler und König befinden sich in Haft. Sie werden beschuldigt, sich an Flugblattverbreitungen beteiligt zu haben.

Das Ende des Daimlerskandals.

Großkapitalistischer Wucher bleibt straffrei.

Von dem gerichtlichen Verfahren gegen den Direktor der Daimler-Motoren-Gesellschaft Kommerzienrat Ernst Berghe hat man bisher nichts gehört. Jetzt wird bekannt, daß Berghe wieder auf seinen Posten als Generaldirektor zurückgekehrt ist, und in der bürgerlichen Presse wird behauptet, daß die wesentlichen Beschuldigungen gegen ihn sich nicht werden aufrechterhalten lassen.

So soll also einer der schlimmsten Fälle von Bewucherung der Heeresverwaltung straflos bleiben!

Die moralische und politische Schuld nimmt diesem Manne niemand ab. Gerade die, die das Volk während des Krieges am meisten bewuchert haben, sind die schlimmsten Kriegshetzer und Kriegsverlängerer.

Die Bundesgenossen von Stinnes.

Bei der Hauptversammlung der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hüttengesellschaft sprach ihr Vorsitzender Hugo Stinnes über die Zukunftsaussichten. Er gestand zu, daß die Uebergangszeit und die Friedenszeit drohend vor dem Unternehmertum stehe und es mit Sorgen erfülle. Aber die nur zu berechtigte Furcht, daß diese Zeiten den Sturz des Kapitalismus bringen könnten, wird gemildert durch die Tatsache, daß sogenannte Arbeitervertreter den Großkapitalisten die Hand bieten, um ihnen über die Zeit der unvermeidlichen Krise hinwegzuhelfen. Herr Stinnes berichtete darüber:

„Zur möglichsten Sicherung der Zukunft haben in der rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenindustrie Arbeitgeber und Arbeitnehmer es für richtig gehalten, sich zur gemeinsamen Tätigkeit für die Kriegs- und Uebergangszeit sowie die Friedenszeit zusammenzuschließen. Beide Teile glauben, daß wir den unüberseehbaren Schwierigkeiten des Endkampfes, der Demobilmachung und des Wiederaufbaus der Friedenswirtschaft nur dann einigermaßen gewachsen sein werden, wenn jeder innere Kampf vermieden, und nach außen schon bei den Friedenverhandlungen eine Einheitsfront des arbeitenden Deutschlands hergestellt wird."

Die Vertreter der Gewerkschaften, auch der freien Gewerkschaften haben sich allerdings mit den Vertretern des Großkapitals verständigt darüber, wie man durch geeignete Maßnahmen der drohenden sozialen Umwälzung nach dem Kriege ausweichen könne. Die Gewerkschaftsbeamten in ihrer großen Mehrzahl fürchten sich davor genau so wie die Kapitalisten, denn sie wissen wohl, daß die soziale Umwälzung auch an ihnen nicht spurlos vorübergehen würde. Sie predigen deshalb die sozialeHarmonie zwischen Kapital und Arbeit, und in einem Augenblick, wo die Entwicklung unaufhaltsam, einer Revolutionierung der Gesellschaftsordnung in Deutschland zutreibt, arbeiten sie daran, diese Entwicklung zu bremsen, um die Abschüttelung des kapitalistischen Joches durch die Arbeiterschaft hinauszuziehen.

Sie verschweigen den Arbeitern, daß nur die Durchführung der sozialistischen Wirtschaftsordnung nach dem Kriege der Arbeiterschaft ein menschenwürdiges Dasein gewährleisten kann. Sie wollen keinen Kampf. Sie stehen durchaus auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, und der Weg, auf dem sie gehen, führt immer wieder von Sozialismus weg. Es wird Zeit, daß die Arbeiterschaft mit solchen Führern Abrechnung hält.

Einschränkung der Zigarettenherstellung.

W. T. B. meldet: Eine Bekanntmachung des Reichskanzlers ordnet ab 1. November 1918 eine Einschränkung der Tabakmenge für die Zigarettenherstellung, die seit dem 1. Februar dieses Jahres bereits um 15 Prozent gekürzt worden war, um weitere 35 Prozent an. Diese Maßnahme ist darauf zurückzuführen, daß infolge der politischen Lage Schwierigkeiten im Transport der Rohtabake aus Bulgarien und der Türkei eingetreten sind. Mit der nunmehr angeordneten Kürzung hofft man die Industrie über die nächste Zeit hinwegzubringen, bis Transporte aus dem Orient wieder möglich sind. Indem die neue Bekanntmachung diejenigen Betriebe, die monatlich weniger als 150 Kilogramm Tabak verarbeiten, von der Einschränkung ausnimmt, trägt sie den Bedürfnissen der Kleinindustrie angemessen Rechnung.

Aus der Partei.

Der Stuttgarter Sozialdemokrat verboten!

Aus Stuttgart wird der L. V. geschrieben:

„Unser Stuttgarter Bruderblatt, Der Sozialdemokrat, ist vom Generalkommando des K. W. K. A. auf die Dauer von zwei Wochen verboten worden, weil es den Aufruf der Zentralleitung unserer Partei gedruckt hatte, ohne ihn vorher der Zensur vorzulegen. Genosse Rück, der Redakteur des Blattes, hat nun vor Zustellung des Verbots eine weitere unzensierte Nummer drucken lassen, in der die jetzige Regierung für unfähig erklärt wird, den Krieg fortzusetzen oder Frieden zu schließen, und zur Einsetzung einer linkssozialistischen Regierung aufgefordert wird. Rück wird jetzt von der Polizei gesucht; die Parteiinstanzen stehen mit dem Generalkommando in Verbindung, um das weitere Erscheinen des Blattes zu ermöglichen."

Das geschieht unter der „Volks"regierung. Das Generalkommando in Stuttgart hatte nicht das mindeste Recht, das Verbot über den Sozialdemokrat auszusprechen, es hat sich überhaupt nicht um den Inhalt der Presse zu kümmern, soweit es sich nicht um Angelegenheiten der direkten Kriegführung, der Bewegungen an der Front handelt. Nach den Erklärungen der Regierung haben wir keine politische Zensur mehr; einzelne Generalkommandos kümmern sich aber nicht im mindesten darum, sie schalten und walten genau so wie in den Tagen des alten Regimes!

Halle und Saalkreis.

Halle, den 4. November 1918.

Generalversammlung des Sozialdemokratisch. Vereins für Halle-Saalkreis (A. S. P. D.).

Die Versammlung, die im Volkspark stattfand, wurde um ½3 Uhr vom Genossen Albrecht eröffnet. Er teilte mit, daß weitere 36 Genossen Opfer des Völkermordens geworden und ferner 20 Genossen gestorben sind. Die Anwesenden erheben sich zu Ehren der Verstorbenen von ihren Plätzen.

Aus der aufgestellten Präsenzliste war ersichtlich, daß die Generalversammlung von 41 Delegierten, 21 Distriktsführern sowie 9 Vorstands- und Preßkommissionsmitgliedern besucht war.

Zum ersten Tagesordnungspunkt:

Kassenbericht

sprach Genosse Hildebrandt. Einer Einnahme von 9970,86 Mark standen Ausgaben in Höhe von 14 642,07 Mk. gegenüber, so daß zum Ausgleich 4671,21 Mk. dem Kassenbestand entnommen werden mußten. Den Mitteilungen, die der Redner über die Mitgliederbewegung machte, ist zu entnehmen, daß seit Kriegsausbruch, wo die Mitgliederzahl 7292 betrug, 1138 Mitglieder neu aufgenommen wurden. Abgerechnet die im Felde stehenden Mitglieder verbleiben noch 2066 zahlende. Durch Tod schieden aus dem Verein 120 Mitglieder, als gefallen gemeldet sind 380, zur Unterlerichts sind abgegangen 91. Die Gesamtmitgliederzahl am 31. März d. J. war 7160.

In der Diskussion zum Kassenbericht regte der Gen. Ilgenstein an, Schritte zu tun, daß das Volksblatt wieder ins Feld gesandt werden könne. Der Anregung soll Folge gegeben werden.

Es folgt Punkt 2:

Beratung der Anträge.

Folgende Anträge sind gestellt und stehen zur Beratung:

Erhöhung der Beiträge für männliche Mitglieder von 10 auf 15 Pfennig pro Woche.

Erhöhung der Beiträge für weibliche Mitglieder von 20 auf 30 Pfennig pro Monat.

16. bis 20. Distrikt: Die Beitragserhöhung tritt mit dem 1. Oktober ein. Kraft.

16. bis 20. Distrikt: Die weiblichen Mitglieder, deren Männer zum Kriegsdienst eingezogen sind, sollen weiter nur auf Antrag vom Beitrag befreit sein.

Distrikt Dieskau: Der vorgesehenen Beitragserhöhung zuzustimmen, jedoch nur auf unbestimmte Zeit.

Nachdem Hildebrandt eingehend die Anträge besprochen und die zwingende Notwendigkeit der Beitragserhöhung mit den großen Gegenwarts- und Zukunfts-Aufgaben der Partei begründet hat, fand eine ausgiebige Diskussion statt. An derselben beteiligten sich die Genossen Kohl, Wolf, Jentsch, Krause, Lorenz, Reiwand und Wend. Es ergibt sich, daß sämtliche Redner für Erhöhung der Beiträge waren. Meinungsverschiedenheiten gab es nur um den Zeitpunkt des Beginns der Erhöhung. In Betracht kamen der 1. November 1918 und der 1. Januar 1919. Einstimmig wurde der Erhöhung zugestimmt. Der Beginn der Erhöhung wurde mit 34 Stimmen auf den 1. Januar festgesetzt. 33 Stimmen wurden für den 1. November abgegeben. Der Antrag der Distrikte 16—20: Die weiblichen Mitglieder, deren Männer zum Kriegsdienst eingezogen sind, sollen weiter nur auf Antrag vom Beitrag befreit sein, wurde einstimmig angenommen.

Unter Punkt

Vereinsangelegenheiten

erfolgt erstens eine Besprechung der Reichstagskandidatur. Reiwand schlägt vor, die Kandidatur dem bisherigen Vertreter, dem Genossen Kunert, wieder zu übertragen. Nachdem Gen. Lorenz den Vorschlag befürwortet hat, wird Kunert wieder als Kandidat für die nächste Reichstagswahl einstimmig aufgestellt.

Des weiteren wies Genosse Hildebrandt auf das Stattfinden des Bezirkstages hin und gab dessen Tagesordnung bekannt. Zu Delegierten für den Bezirkstag werden gewählt: Küros, Kohl, Krause, Schiebe und Gneist.

Im weiteren Verlauf der Versammlung stellte Genosse Kohl den Antrag: die Reichstagsfraktion unserer Partei zu ersuchen, erneut den Antrag zu stellen, daß politisch Verurteilte zu amnestieren sind. Einstimmig gibt die Versammlung ihre Zustimmung. Nach einem kräftigen Schlußwort Reiwands wurde kurz vor 5 Uhr die Versammlung geschlossen.

Wo bleibt die Amnestie? Wo die Versammlungsfreiheit?

Offene Anfragen an die Regierung.

Unser Parteigenosse Reinhold Schönlank befindet sich seit dem 1. September 1917 wegen Streikvergehens in Untersuchungshaft. Trotz mehrfacher Haftentlassungsanträge befindet er sich heute noch in Haft, obwohl er seelisch vollkommen erschüttert und für seine Gesundheit das schlimmste zu befürchten ist.

Der Parteigenosse Böttge wurde wegen Streikvergehens zu drei Jahren Festung verurteilt. Auch seinem Entlassungsgesuch wurde bisher nicht stattgegeben.

Genossin Sander-Ammendorf wurde wegen Streikvergehens zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, die sie zurzeit verbüßt. Trotz Untrags auf Haftentlassung ist dem Antrag noch nicht stattgegeben.

Will die neue Regierung nicht Maßnahmen treffen, daß diesen berechtigten Beschwerden unverzüglich entsprochen wird? Will sie die „verjährende Wirkung" der Amnestie nicht schleunigst auch auf die genannten Fälle ausdehnen?

* **Bildung einer fortschrittlichen Stadtverordneten-Fraktion.** Der Vorstand des hiesigen Vereins der Fortschrittlichen Volkspartei ist, laut Saalezeitung, in seiner jüngsten Sitzung zu dem Entschlusse gekommen, mit einer politischen Gruppenbildung für unser Stadtparlament vorzugehen. Die Stadtverordneten, die sich der Fortschrittlichen Volkspartei zurechnen, sollen zu einer besonderen Fraktion zusammengeschlossen werden und regelmäßig die auf der Tagesordnung stehenden Vorlagen in einer Vorbesprechung beraten. Man will dadurch, wenigstens bei Prinzipien- oder anderen wichtigen Fragen, ein einheitliches Vorgehen erreichen. Viel scheint man sich also selbst beim Gelingen des Plans von ihm nicht zu versprechen, wenn man sich mit einheitlicher Stellungnahme „wenigstens bei Prinzipien- oder anderen wichtigen Fragen" zufrieden gibt. Ja, ja — die Interessenpolitik!

* **Der Verkauf von Tafelobst freigegeben.** Wie der Magistrat bekannt gibt, ist die Belieferung der öffentlichen Märkte sowie der Kleinhändler mit Tafelobst jetzt freigegeben worden.

* **Bestellung der Saatkartoffeln beim Bund für Volkskraft.** Die Kleinpächter seien nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß sie vom Bund keine Saatkartoffeln erhalten können, wenn sie diese nicht rechtzeitig bestellt haben. Es ist ein letzter Termin bis zum 15. November aufgestellt. Der Bund erhält nur soviel Saatkartoffeln, als bei ihm nachweislich bestellt sind. Die Bezugscheine werden vom Ernährungsamt an den genauen Nachweis der Bestellung geknüpft. Kein Kleinpächter darf beim Ernährungsamt von der Ernte Saatkartoffeln sich zurückstellen lassen und gleichzeitig beim Bund solche bestellen. Der Bund muß die Liste jener Kleinpächter, die Saatkartoffeln bestellt haben, dem Ernährungsamt vorlegen. Dort wird kontrolliert, ob von der Ernte Saatkartoffeln abgezogen worden sind. Die Kleinpächter seien ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß es sehr unzweckmäßig ist, dieselbe Kartoffelart zweimal hintereinander in demselben Land zu pflanzen. Die Saatkartoffelbestellung muß bei der Geschäftsstelle des Bundes schriftlich eingereicht werden unter Angabe des Ackerlandes und der Parzellennummer und der genauen Adresse. E. Adderhalden.

* **Die Woche im Stadttheater.** Montag: Der Wildschütz. Dienstag: Die Rose von Stambul. Mittwoch: Fidelio. Donnerstag: Familie Schimek. Freitag: Maria Stuart. Sonnabend: Lohengrin. Sonntag nachmittag: Die toten Augen. Sonntag abend: Der Zigeunerbaron.

* **Kartoffelschwindel.** Am Sonnabend bot eine unbekannte weibliche Person einer in der Burgstraße wohnhaften Lebensmittelhändlerin 7 Zentner Kartoffeln zum Preise von 55 Mk. an. Die Lebensmittelhändlerin zahlte der Unbekannten das Geld sofort aus und beauftragte ihren Sohn, die Kartoffeln, die in einem Grundstück der Gabelsberger Straße untergestellt sein sollten, abzuholen. Bei seiner Ankunft stellte es sich heraus, daß die Unbekannte falsche Angaben gemacht hatte, und Kartoffeln nicht untergestellt hatte. Die Schwindlerin war etwa 28 bis 30 Jahre alt, von mittlerer Statur, hatte dunkelbraunes Haar, gesundes volles Gesicht und trug einen marinebblauen neuen Cheviotulster mit zwei Reihen Knöpfen. Angeblich war sie auch schwanger.

* **Zur Beseitigung eines Stubenbrandes wurde die Feuerwehr** Sonntag nachmittag nach der Merseburger Straße gerufen. Abends wurde der in der Gr. Brauhausstraße befindliche Feuermelder von einer nicht ermittelten Person unbefugt in Tätigkeit gesetzt.

Vereins- und Versammlungsanzeigen.

Das Kaiser-Panorama, Gr. Ulrichstraße 4-5, bringt auch in dieser Woche zwei recht schöne Reisen: Donaufahrt von Passau nach Wien bis Budapest und Neuyork.

Diemitz. Die Gemeindevertretung beschloß einen Nachtrag zur Ortssatzung von 1913, durch den die Zahl der Gemeindeverordneten auf 18 erhöht wird und die tunlichst baldige Vornahme der zur Erweiterung der Gemeindevertretung durch Neuwahlen erforderlichen Vorarbeiten. In Verbindung hiermit wurde außerdem gemäß Artikel 8 des Kriegsgesetzes vom 18. Mai 1918 die Zahl der Schöffen auf 8 festgesetzt. Unter Anerkennung der Dringlichkeit wurden ferner folgende Angelegenheiten durch Beschlußfassung erledigt: Die Wohnungen im Hause Breite Straße 31 sollen mit elektrischer Lichtanlage und zwei Steigeleitungen auf Grund des Kostenanschlages der Elektrischen Ueberlandzentrale Saalkreis-Bitterfeld eingerichtet werden; die Kosten dafür wurden bewilligt, ebenso die Einrichtung einer Lampe in der Waschküche. Vom Rittergut Kattenhausen sollen etwa 100 Ztr. Frühkartoffeln und etwa 350 Ztr. Spätkartoffeln zur Saat beschafft werden. Für die zu wählende Sorte ist das Gutachten des Herrn Direktors Müller entscheidend. Der Ausschuß zur Vorberatung der Regelung des Wassergeldes wird auf Wunsch des Grundbesitzervereins durch die Herren Schmied Hoffmann und Maurermeister Karl verstärkt. Zur Gewährung einer Teuerungszulage an die neue Gemeindeschwester wurden monatlich 25 Mk. zur Verfügung gestellt. Nach dem Bericht des Gemeindeverordneten Böttcher über den Milchverkauf sollen vom 1. 11. d. J. an unter Aufhebung der diesbezüglich früher gefaßten Beschlüsse keine Zuschläge mehr zu den Milchpreisen gezahlt werden.

Allerlei.

Die Grippe und Goethe.

Unter den Goetheschen Sonetten findet sich eines, dessen erste Strophe in der heutigen Zeit von besonderer Aktualität ist:

Nemesis.

Wenn durch das Volk die grimme Seuche wütet,
Soll man vorsichtig die Gesellschaft lassen,
Auch hab' ich oft mit Zaudern und Verpassen
Vor manchen Influenzen mich gehütet.

Der Grippe-Erreger gefunden? Amsterdam, 2. November. Nach einem hiesigen Blatt wird der Times aus Madrid gemeldet, daß es dem spanischen Arzt Dr. Maldonado gelungen sein soll, den spezifischen Bazillus der spanischen Grippe zu finden. Der Bazillus stimme der Art nach mit dem der Beulenpest überein. Die Epidemie ist jetzt in ganz Spanien verbreitet, und ungeheuer viel Menschen fallen ihr zum Opfer. Sämtliche Schulen sind geschlossen.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Dienstag, den 5. November: Zumeist wolkig, mild, nirgends erhebliche Niederschläge.

Städtischer Eierverkauf in der Talamtschule

am Dienstag den 5. November 1918. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 23001—24500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 24501—27000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für die Person eines Haushalts wird ein Ei zum Preise von 42 Pf. abgegeben. Da die Eier konserviert sind (Kühlhauseier), eignen sie sich nicht zum Kochen in der Schale.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld, vor allem Kupfergeld, ist bereitzuhalten.

Umtausch der Eier innerhalb drei Tagen.

Halle, den 4. November 1918. **Der Magistrat.**

Verkauf von Quark.

Am Dienstag den 4. November 1918 erfolgt der Verkauf von Quark auf den Abschnitt 4 des Einkaufsscheines über Molkerei-Erzeugnisse für die eingetragenen Kunden bei der Milchhändlerin Böhlke, Wielandstraße 30, und in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei, Mannischestraße 20/21. An letzterer Stelle nur vormittags von 8 bis 12 Uhr und nur für diejenigen Haushaltungen, welche in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei in der Schulstraße zur Kundenliste angemeldet sind.

Auf den obenbezeichneten Abschnitt wird ½ Pfund Quark zum Preise von 42 Pfg. abgegeben.

Die Verkäufer haben den vorbezeichneten Abschnitt abzutrennen und dieselben gebündelt dem Stadternährungsamt II am 8. November abzuliefern.

Halle, den 4. November 1918. **Der Magistrat.**

Städtischer Verkauf von Käse

in der Talamtschule am Dienstag den 5. Novbr. 1918.

Zum Kaufe berechtigt sind die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 22001 bis 22500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 22501 bis 23000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 55 Gramm zum Preise von 15 Pfg. abgegeben.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, 4. November 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung!

Alle Hausfrauen, die darauf bedacht sind, stets eine blendend weiße Wäsche zu erhalten, verwenden nur noch

Schmitz-Bonn's

Wasch- u. Bleichhülfe

Garantiert unschädlich.

Endgültig genehmigt vom Kriegsausschuss unter Nr. 2503.

In Paketen zu 30 Pfg. überall erhältlich.

Alleinige Hersteller:

Schmitz-Bonn Söhne

chem. Fabrik Düsseldorf-Reisholz.

Wie werde ich

bei einer aus Anlaß des Krieges erlittenen Beschädigung

versorgt?

Ein Merkbuch für jeden Krieger bis zum Feldwebel aufwärts.

Preis 50 Pf. Porto 5 Pf.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung,

Halle, Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191811 04-14/fragment/page=0006